

# Arbeiter-Zeitung

Sonntag, 29. September 1928  
10. Jahrgang Nummer 228

Erzählt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Einzelnummernpreis: Die gedruckten Willkommensblätter oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsankündigungen 8 Pf., Reklamapreis: Die dreifachste Willkommensblätter oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Kreuzer Straße 10, Telefon 580 89. **Post-Expedition:** Breslau 544, Reibstock Breslau, Kreuzer Straße 50, Telefon 230 02. **Expedition der Redaktion:** von 12-18, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Oelsitz, Wilhelmstraße 26, Telefon 4088; **Expedition:** Sanft 6, Telefon 2384. **Verlagszeit:** von 8-19 Uhr. **Verlagsort:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** Carl, Verlagsgesellschaft m. B., Breslau. — **Druck:** „Reubach“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzer Str. 50.

## 8000 Bauarbeiter in D.-G. im Streit!

### Kampf gegen den Willen der Gewerkschaftsführer

(Eig. Ber.) Gleiwitz, 28. September.

Die Bauarbeiter des ober-schlesischen Industriegebietes sind heute geschlossen in den Streit getreten. In Bentzen, Hindenburg und Gleiwitz ruht die Arbeit. Es kommen etwa 8000 Arbeiter in Frage, die gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen den Kampf aufgenommen haben.

Die Löhne der Bauarbeiter sind in Oberschlesien besonders miserabel und liegen etwa 25 Prozent unter den Löhnen anderer Städte. Der am 1. April 1928 gefällte Spruch des Tarifamtes in Gleiwitz, der eine Erhöhung der Löhne um 6 Pfennig brachte, sollte bis zum 28. September gelten. Dieser Spruch, der scheinbar den Arbeitern entgegenkam, sollte die Kampfesklammer der Bauarbeiter abwürgen und den Unternehmern helfen, die Saison auszumachen. Jetzt, vor dem Winter, bei den neuen Lohnverhandlungen zeigen die Unternehmer ihr wahres Gesicht. Die Forderung der Arbeiter beträgt für alle Arbeiterkategorien 12 Pfennig. Das Tarifamt fällt einen Spruch, der den Bauarbeitern ganze zwei Pfennig Lohnserhöhung (!) zugesieht. Selbst dieses die Not der Arbeiter verhöhnende Zugeständnis ging den Unternehmern noch zu weit. Sie lehnen durch ihren Sprecher, den Rechtsanwalt Dr. Pietsch, Syndikus der Oberschlesischen Elektrizitätswerte, erklären, daß die Bauarbeiter auf Grund der Indexberechnungen nur eine Lohnserhöhung von 45 Hundertstel Pfennig zu beanspruchen hätten. Diese zynische Frechheit sowie der Schändlichspruch haben die Erregung der Bauarbeiter begreiflicherweise gesteigert. Trotzdem sich die Gewerkschaftsbürokratie wie in allen Fällen die erdenkliche Mühe gibt, einen Kampf zu vermeiden, haben die Bauarbeiter geschlossen die Arbeit niedergelegt.

Im Hindenburg „Vollblatt“ wird noch gekern betont, daß es der Leitung der Baugewerkschaft „nur mit großer Mühe gelang, die sofortige Arbeitsniederlegung zu verhindern“. Und in der Ausgabe vom Donnerstag versichert das „Vollblatt“, zu dem Streik Stellung nehmend: „Der Bauarbeiterverband selbst steht dieser impulsiven Bewegung der ober-schlesischen Bauarbeiter fern und hat wiederholt versucht, die Bewegung einzudämmen.“ Das Organ der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie hat damit zweifellos die Wahrheit gesprochen. Schon die Haltung des Vertreters der Bauarbeiter bei den Verhandlungen im Tarifamt zeigte, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zur Preisgabe der Arbeiterforderungen bereit war und ist. Der Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, Bretthorn, war bereit, sich mit einer Zulage von fünf Pfennig zu begnügen. Es ist zweifellos, wenn auch im Augenblick die Reformisten dem Druck der Bauarbeiter nachgeben, so werden sie doch im Augenblick, wo der Spruch des Haupttarifamtes vorliegt, alles versuchen, um die Bewegung wieder abzumildern. Schon jetzt erklären sie auf das Drängen der Arbeiter, den Streit anzuerkennen und dessen Leitung zu übernehmen: „Macht, was ihr wollt!“

Andererseits erklären die Reformisten aber offen, daß sie den Streit nicht anerkennen könnten, weil sie dann Gefahr liefen, daß die Gewerkschaften von den Unternehmern hart gemacht würden. Das ist ein offenes Eingeständnis der Tatsache, daß das ganze, von den Reformisten so warm empfohlene Schlichtungssystem praktisch die Streikfreiheit der Arbeiter aufgehoben hat.

Bauarbeiter Oberschlesiens, laßt euch nicht in eurem Kampfwillen wankend machen. Haltet fest an der Forderung der Lohnserhöhung von 12 Pf.

Wählt auf allen Baustellen Delegierte zur Sicherung und Durchführung des Streikes. Bildet Streikkomitees und eine zentrale Streikleitung.

Laßt euch nicht durch Hinweise auf den heute zu erwartenden Schiedsspruch in eurem Kampfwillen beirren. Ihr habt den Moment für den Kampf gut gewählt, ihr werdet siegen, wenn ihr ihn ohne Rücksichten durchführt.

### Feuerungswelle

Monopolpreismacher und Panzerkreuzerban

In den vergangenen Monaten ist es durch geringfügige Lohnserhöhungen kaum gelungen, die im Vorjahr eingetretene Preisverteuerung und Senkung der Reallohne wettzumachen. Nun werden neue Preissteigerungen allenthalben festgelegt. Die Lebenshaltungskosten erhöhen sich bereits seit Monaten, aber in den letzten Wochen in gesteigertem Maße. Die Löhne folgen aber nicht einmal dieser Preisbewegung.

So sehr die amtlichen Stellen die Verteuerung vor der Arbeiterschaft zu verschleiern suchen, kann sie in den amtlichen Indexzahlen doch nicht völlig geleugnet werden. Fast unaufhörlich, mit geringfügigen Unterbrechungen, steigen die Preise für Industriewaren immer höher und höher. Der amtliche Großhandelsindex für industrielle Konsumwaren stand im Januar 1927 noch auf 150,9, im August aber bereits auf 172,0, im Januar d. J. auf 172,6, im Mittel August dieses Jahres gar auf 175,8. Auch der amtliche Lebenshaltungsindeks bewegt sich, wenn auch etwas langsamer, unaufhörlich nach oben. Er stand Anfang 1927 auf 144,6, im Mai 1928 auf 150,6 und ist sodann im Juni auf 151,4, im Juli auf 152,6 und im August auf 153,6 gestiegen.

In den letzten Wochen hat es nun eine Reihe von weiteren Preissteigerungen gegeben, die noch nicht in den amtlichen Indexzahlen zum Ausdruck kommen. Neben der Erhöhung der Eisenbahnpreispreise sind bekanntlich auch die Eisenbahnfrachten, und im Anschluß daran ebenfalls die Binnenschiffsfrachten erheblich heraufgesetzt worden. Danach, zum Teil aber schon vorher, haben zahlreiche Kartelle und Syndikate Preissteigerungen beschloffen.

Das Rheinische Braunkohlensyndikat hat ebenfalls einen Antrag auf Preissteigerung gestellt. Auch die Eisenindustriellen melden trotz der zweimaligen Erhöhung der Eisenpreise in diesem Jahre neue Wünsche nach erheblicher Heraufsetzung der Eisenpreise an und hoffen, sie zumindest bei geringsten Lohnzugeständnissen durchdrücken zu können. Ausgehend von dieser Verteuerung wichtiger industrieller Rohstoffe und Frachtpreise werden die industriellen Fertigwaren im Laufe der nächsten Zeit abermals in die Höhe getrieben werden. Aber auch die Lebensmittelpreise sind im Kleinhandel trotz teilweise entgegengesetzter Entwicklung im Großhandel eher gestiegen als gesunken. Während der Getreidepreise seit Anfang dieses Jahres um 11 Prozent gesunken ist, ist der Brotpreis um über 2 Prozent in derselben Zeit erhöht worden. Der Kleinhandelspreis für Eier z. B. ist in Berlin seit April d. J. um über 25 bis 30 Prozent höher geworden.

Ist es nicht recht sonderbar, daß gerade in der Zeit der Depression und stagnierender Konjunktur, wo unter kapitalistischen Verhältnissen mehr Waren produziert als abgesetzt werden, die Preise viel mehr in die Höhe gehen als in der Zeit der letzten Hochkonjunktur? Diese Erscheinung widerspricht so sehr den Erfahrungen früherer kapitalistischer Konjunkturentwicklungen, daß die neue Feuerungswelle in Deutschland sogar von der Auslandspresse als Sensation und von einem Teil der deutschen bürgerlichen Wirtschaftspresse bald als „Wunder“, bald als „Entgleisung“ angesehen wird. Aber gerade in der Zeit, wo nicht durch Absaherweiterung der Profit erhöht werden kann, wollen die Industriekapitalisten durch Preissteigerungen ihre Gewinne vermehren, um gleichzeitig durch verstärkte Dumping-Ausfuhr den Konkurrenzkampf mit dem ausländischen Industriekapital noch erfolgreicher führen zu können. Dazu sind sie imstande, insofern sie monopolistisch zusammengeschlossen sind, in Verbindung mit Hochschulden und internationalen Buchervereinbarungen. Durch jene Preissteigerungen soll das, was auf dem letzten Kongress des deutschen Finanzkapitals, dem Kölner Bankiertag, als Parole für den deutschen Kapitalismus ausgegeben wurde, ermöglicht werden: Beschleunigte Kapitalakkumulation „aus eigenen Kräften“. Höhere Preise — d. h. höhere Profitrate für das befreijende Monopolkapital, das dadurch nicht nur den Lohn des Arbeiters senkt, sondern auch das Einkommen des Mittelstandes? und Kleinkapitalisten zugunsten seiner Profitrate schmälert. Diese gesteigerte Kapitalakkumulation vor allem seitens des Trustkapitals zwingt aber den deutschen Kapitalismus, mehr noch als bisher auf den Weltmarkt hinauszubringen, Kapital zu exportieren, und durch aktive Teilnahme an der imperialistischen Machtpolitik seinen gegenwärtig geringen Anteil an imperialistischen Vorrechten und Ausbeutungsmonopolen zu ver-

## Severing verhöhnt die SPD.-Arbeiter

„Der Panzerkreuzer spielt keine Rolle“ jagt der „kleine Metallarbeiter“

Hindenburg, 27. September.

Gestern abend sprach der Panzerkreuzerminister Severing in einer SPD.-Versammlung. Er begann seine Rede mit einem Loblied auf Hindenburg und erklärte wörtlich:

Der Reichspräsident verdiene die höchste Anerkennung und erfreue sich der Wertschätzung bei seiner Partei. Hindenburg wolle nur das, daß man ihm gestatte, seinem Lande zu dienen. Es sei zu wünschen, daß dem Lande mehr solcher Männer erstehen möchten, wie dieser.

Severing sprach dann über den Genfer Schiedsspruch und erklärte: Oberschlesien habe bisher allerdings noch nicht viel Gutes vom Völkerbund erfahren, doch bitte er diese Sepsis nicht zu weit zu treiben, da der Völkerbund doch noch einmal Großes leisten würde! Das Ergebnis von Genf bezeichnete Severing als mager. Auch zur Panzerkreuzerfrage äußerte sich der „kleine Metallarbeiter“ und behauptete, daß diese Frage eigentlich keine Rolle spielen dürfe in einer Partei, die andere große Ziele habe, die die ganze deutsche Wirtschaft neu gestalten soll. Zum Schluß sah sich der Panzerkreuzerminister noch genötigt, auch vor den Femeverbänden eine Verbeugung zu machen und sich gegen den Verdacht zu wehren, als ob er diese Verbände herabgesetzt hätte. Severing sagte: Er habe weder in amtlicher noch in privater Tätigkeit den Heroismus, der in ober-schlesischen Freikorps zum Ausbruch gekommen sei, herabgesetzt, alle die dabei mitgekämpft hätten, verdienten höchstes Lob.

Eine echte Severing-Rede! Wie Hermann Müller bei der Geburt des Entleerjohnes von Hindenburg, so sieht sich auch der Panzerkreuzerminister veranlaßt, vor Hindenburg seinen Kotau zu machen. Ihm genügt ein Hindenburg nicht, er wünscht einige Dutzend solcher biederer deutschen Männer, die für den neudeutschen Imperialismus Propagandareisen machen und die Massen mit nationalitätlichen Phrasen bereichern und für den kommenden Krieg begeistern sollen! Noch stärker wie die Liebe zu Hindenburg, ist Severings Liebe zum Völkerbund. Trotz Genfer Schiedsspruch, trotz Briand-Rede, trotz des läglichen Zusammenbruchs aller Hoffnungen ist der „kleine Metallarbeiter“ davon überzeugt, daß der Völkerbund noch „einmal etwas Großes leisten“ wird. Worauf diese Leistung bestehen soll, darüber schweigt Severings Höflichkeit, wahrscheinlich aber hat Herr Severing die Zusammenfassung aller kapitalistischen Mächte, die im Völkerbund vereint sind, zum Kampf gegen die

Sowjetunion im Auge. Und es paßt sehr gut zum Bild, daß Severing ein Loblied auf jene Verbände singt, die, von den SPD.-Führern organisiert, zunächst im Baltikum gehaust, dann die revolutionären Arbeiter in Oberschlesien, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet niedergeschlagen und schließlich durch 200 Feme-morde ihren Ruhm als „Retter des Vaterlandes“ gefestigt haben. Wer so viel wie Severing für die Befestigung der kapitalistischen Republik, für die Niedererschlagung der Arbeiterklasse, für die Hochachtung der konterrevolutionären Verbände einschließlich der Femeverbände getan hat, für den ist die Bewilligung eines Panzerkreuzers für den kommenden imperialistischen Krieg natürlich nicht nur eine Kleinigkeit, sondern auch eine Selbstverständlichkeit.

Vor einigen Tagen hat der „Link“ Seydewitz in Breslau offen zugegeben, daß keinerlei Garantien dafür gegeben sind, daß die SPD.-Minister nicht auch der zweiten und dritten Panzerkreuzerfrage zustimmen. Die Rede Severings ist nicht nur ein Bekenntnis zur Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik, sondern zugleich auch der Ausdruck der Geringschätzung der empörten sozialdemokratischen Arbeiter, die in zahlreichen Versammlungen Protestresolutionen gegen den Panzerkreuzerbescheid ihrer Minister angenommen haben. Die Rede Severings ist ferner eine wertvolle Ergänzung zur Schützinger-Rede, zu Groenens Aufklärungsprogramm und zeigt, daß die SPD. ihren imperialistischen Kurs verstärkt.

Restlose Beteiligung am Volksentscheid muß die Antwort aller Arbeiter — einschließlich der sozialdemokratischen Proletarier — auf diese imperialistische Bekenntnisrede von Severing sein.

### Achtung, Roter Landsonntag!

Kommenden Sonntag gehen unsere Genossen und Kameraden aufs Land, um den Gemeindevorsteher die Einzelschuldungen für das Volksbegehren zu übermitteln. Es ist möglich, daß reaktionäre Gemeindevorsteher es ablehnen, die Listen in Empfang zu nehmen. In diesen Fällen haben unsere Genossen den zukünftigen Landrat sofort telephonisch anzurufen. Sollten auch dann noch Schwierigkeiten bestehen, so ist davon ungehend dem Landtagsabgeordneten Genossen Graf Bollweber, Breslau, Feldstraße 50, Mitteilung zu machen.

# Zentrum und SPD. gemeinsam für Panzerkreuzer und Große Koalition

grühren. Dazu sind aber Ausrüstungen und Vorbereitungen neuer Kräfte erforderlich.

Wie verhält sich nun die Reichsregierung zu jener Preispolitik des Großkapitals? Man kann ihr besonders seit dem Eintritt der vier sozialdemokratischen Minister keine besondere Anfechtung abprechen. Die SPD-Minister wenden dabei die ureiglichen Lehren von dem an, was u. a. auf dem KPD-Kongress in Hamburg verhandelt wurde: Der „organisierte“ Kapitalismus sei ein Fortschritt und habe gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten, die von der SPD nicht gehindert, sondern gefördert werden müssen.

Vor allem diese monopolistische Organisation des deutschen Kapitalismus bemühen sich ganz besonders die SPD-Minister. Die wichtigsten Warenpreise, die bisher noch nicht von Kartellen, Syndikaten und Trusts verteuert wurden, weil die Einzelunternehmer zu sehr zerstückelt sind, sollen in der nächsten Zeit bereits mit starker Unterstützung der Regierung im Reich und in Preußen und durch Vergabe von vielen Millionen Mark auf der Steuerlast ebenfalls in die Höhe getrieben werden. Es handelt sich dabei fast durchweg um ganz besonders wichtige Nahrungsmittel für die werktätige Bevölkerung.

Mit den Geldmitteln des Reiches und des preussischen Staates hat der staatlich-preussische Zentralgenossenschaftsverband zum Beispiel erst jüngst der Scheuer-Gras- und -Kartoffelkonzern aufgekauft worden, um die inländischen Mehlpreise in Zukunft zugunsten der Großagrarier zu beeinflussen, das heißt heraufzudrücken zu können. Ferner ist mit Millionenzuschüssen des Reiches die Gründung großer Fleischverwertungsunternehmen beschlossen und eine große Fleischverwertungs-A.G. unter Beteiligung von Faust- und Bankkapital in Ostpreußen in der vorigen Woche gegründet worden. Diese Fleischverwertungsunternehmen sollen durch Export und Vergrößerung höherer Viehpreise dem Fleisch- und Wurstpreis zu einem höheren Stande verhelfen. Den Nutzen davon haben aber nicht die Kleinbauern, sondern neben den Großagrarern vor allem die Banken und Industriekapitalisten. Schließlich hat die Reichsregierung auch die Erhöhung der Eisenbahntarife und Frachttarife beschleunigt, indem sie ihr nicht einmal den Widerstand entgegenzusetzen hat, der an sich im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse möglich gewesen wäre.

So sorgt die Reichsregierung dafür, daß das deutsche Trust- und Kartellkapital mehr als bisher „aus eigenen Kräften“, also durch Steigen der Profite und Senken der Reallohn, akkumulieren kann. Gleichzeitig will die Reichsregierung aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, damit der deutsche „organisierte“ Kapitalismus nicht vergeblich seine innere Kapitalmacht festigt und ausdehnt, indem ihm ein „entsprechender Anteil am Weltmarkt“ und an den imperialistischen Ausbeutungsobjekten gesichert wird. Diese Voraussetzungen zu schaffen, bedeutet aber nichts anderes als ebenfalls zum Kriege zu rufen, wobei ein Krieg gegen die Sowjetunion den deutschen Monopolkapitalisten am meisten Hoffnung auf eine genügende Erweiterung ihrer imperialistischen Herrschaft gibt. Deswegen sind die Müller-Mandover in Genf nichts anderes als die ideologische Vorbereitung der breiten Volksmassen auf neue Kriegsrüstungen. Deswegen ist der Panzerkreuzer A nicht ein „Zwielzeug“, sondern der bewußte Anfang zu neuen gewaltigen Kriegsrüstungen.

Es führt somit eine einheitliche Linie von dem Monopolwucher und der von der Regierung unterstützten Preisvertenerung bis zu den neuen Kriegsrüstungen und dem Panzerkreuzerbau. Jeder Werkstätige, der von dem neuen Preiswucher betroffen wird und nicht wie die SPD für die Unterstützung des Monopolkapitals, sondern für den Klassenkampf gegen dasselbe ist, wird deswegen den Kampf der Opposition in den Gewerkschaften für verschärften Kampf um höhere Lohn und kürzere Arbeitszeit sowie das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer A unterstützen müssen.

## Das „Deutsche Friedenskartell“ für das Volksbegehren

Die Deutsche Friedensgesellschaft teilt mit: „Der Ausschuss des Deutschen Friedenskartells hat in seiner Sitzung vom 20. September beschlossen, die Mitglieder und Anhänger der dem Kartell angeschlossenen Organisationen aufzufordern, sich am Volksbegehren gegen den Kriegsschiffbau durch Einzeichnung in die Listen zu beteiligen.“

Die Deutsche Friedensgesellschaft ist diesem Beschluß beigetreten; sie hält die Fortführung des Kampfes gegen den Panzerkreuzer für die wichtigste aktuelle Aufgabe der Friedensbewegung; sie fordert deshalb ihre Mitglieder auf, für das Volksbegehren einzutreten, um den Reichstag zu einer Entscheidung zu zwingen, nachdem seine Einberufung durch die Parteien abgelehnt wurde; sie stellt aber ausdrücklich fest, daß ihr Eintreten für das Volksbegehren nicht aus parteipolitischen Erwägungen, sondern aus patriotischer Gesinnung erfolgt, und sie fordert, daß die agitatorische Arbeit ohne organisatorische Verbindung mit der kommunistischen Partei durchgeführt wird.“

Die kommunistische Partei, die das Volksbegehren und den Volkseinsatz unter Ablehnung aller pazifistischen Illusionen eingeleitet hat und mit aller Klarheit in der ganzen Kampagne den Unterschied zwischen dem imperialistischen Militarismus und der revolutionären Verteidigung Sowjetrusslands aufgezeigt hat, begrüßt dennoch den Beschluß des Deutschen Friedenskartells. Er dient der Schaffung einer Milizfront gegen die imperialistischen Rüstungen, zu der das Volksbegehren den ersten Schritt darstellt.

## Zum Fall Jachowitz

27. September. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Stuttgart hat die Voruntersuchung gegen Erbrüder Jachowitz und Genossen jetzt abgeschlossen. Auch August Rogens hat jetzt seine Aussage abgegeben, daß er am Tage der Tat in Hallungen gewesen und ebenso wie sein Bruder Fritz an der Ermordung des kleinen Enkel Rogens beteiligt war. Auch die Großmutter des ermordeten Enkel, Frau Kähler, verwitwete Rogens hat ihre Beteiligung am Mord angegeben. Sie gestand, von der beschuldigten Ermordung gewußt zu haben und versucht zu sein, um sie zu ermöglichen. Die Angelegenheit dürfte vor dem Neckarburger-Streitgericht im März 1928 verhandelt werden.

In einem Leitartikel „Distanz oder Koalition“ beschäftigt sich die „Germania“ vom vergangenen Sonntag mit der Frage, soll das im Reich bestehende Provisorium der nicht fraktionsgebundenen Koalition weiter bestehen bleiben oder soll die Reichsregierung im Sinne einer regelrechten Großen Koalition umgewandelt werden. Die „Germania“ meint, daß an sich die „Distanz“, d. h. die freiere Stellung eines nicht direkt am Regierungsgeschäft Beteiligten, vorzuziehen sei, um so mehr, als die dem Zentrum unter der Parole „Einigkeit und Recht und Ordnung“ beigebrachte Wahlüberlage erst einmal — das ist allerdings mehr zwischen den Zeilen zu lesen — weitgemacht werden mußte durch Ausschaltung des sozialdemokratischen Panzerkreuzerbeschlusses für die Wiederbelebung der verlorenen Zentrumsdankbar. Aber dann triumphiert doch die Erkenntnis, wie fest Zentrum und Sozialdemokratie im System des neudeutschen Imperialismus mit seinen Panzerkreuzern bereits zu einer Einheit verschmolzen sind. Die „Germania“ erkennt von ihrem Standpunkt aus sehr richtig, daß die Hauptgefahr, die dem Bau der Panzerkreuzer droht, das Ausfließen der Koalitionspolitik mit der SPD, überhaupt ist. Sie befürchtet, daß durch die Wegnahme der sozialdemokratischen Minister, die bis jetzt so vorzüglich die sozialdemokratischen Massen an den Panzerkreuzer gebunden haben, die Gefahr des Ausfließens sozialdemokratischer Arbeiter an den kommunistischen Volksentscheid heraufbeschworen wird. Die „Germania“, so sehr sie die Gärung der Arbeiter über den Panzerkreuzerbeschuß für das Zentrum auszunutzen möchte, gerät doch in die allergrößte Angst, insbesondere die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter könnten durch ihre Rebellion die Koalitionspolitik überhaupt in Frage stellen.

„Es ist doch wohl begreiflich, daß die Vorgänge innerhalb der SPD, die, wie man sagt, vom Panzerkreuzer torpediert worden ist, im Hinblick auf die Stabilität der erstrebtsten Koalition im Zentrum mit Sorge beobachtet werden. Diese Sorge ist sehr ehrlich.“

Jawohl, das ist wirklich ehrlich. In der Tat schweigt das Verbrechen der Zentrumsführung, den Panzerkreuzer zuerst beifällig zu haben, und das Verbrechen der SPD-Führung, diesem

Beschluß, trotz anderlautenden Wahlversprechungen der Koalitionregierung dann beigetreten zu sein, unüberwindlich Zentrum und Sozialdemokratie zusammen, und zwar nicht lediglich gegen die proletarische Klassenfront, sondern auch gegen die katholischen und sozialdemokratischen Arbeiter, die den Panzerkreuzerbau ablehnen.

Ausgerechnet in dieser Situation, wo der „Germania“-Artikel das noch jüngere Zusammenrücken der SPD, und des Zentrums auf dem Boden der Großen Koalition zur Durchführung des Rüstungsprogramms des deutschen Imperialismus signalisiert, stellt die „Leipziger Volkszeitung“, dieses „linke“ SPD-Organ, zu diesem selben Artikel fest, „daß die Wege zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum haben sich verstreut“, denn die Zentrumspartei verlange für die Herbeiführung und Sicherung der Großen Koalition von der SPD, die Zustimmung zu den bekannten kulturreaktionären Zentrumsplänen. Also, statt an Hand dieses sehr schrecklichen „Germania“-Artikels ihren Gelsen zu zeigen, welches Interesse das Zentrum an der Aufrechterhaltung der Koalition im Hinblick auf den Panzerkreuzerbau hat, stellt die Koalitionspolitik als den Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse zu bekämpfen, nämlich die sogenannten Linken eine nicht vorhandene Verbindung zwischen Zentrum und SPD, vor. Als ob die Herrmann Müller und Konforten, die den Panzerkreuzer auf sich nehmen, nicht auch ohne mit der Wimper zu zucken, so ein kleines Schulgesetz antwortend korrekten Missionsaufträgen werden, wenn sie nur die Ministerstellen behalten. Nicht umsonst hat Severing verkündet, man wolle vier Jahre in der Reichsregierung der Großen Koalition bleiben.

So zeigt der „Germania“-Artikel erst recht in seiner Kommentierung durch die „linke“ SPD-Presse, daß die Führer der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie sich entschlossen sind, den Panzerkreuzerbau der Großen Koalition um jeden Preis gemeinsam durchzuführen. Die sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter, die den Panzerkreuzerbau bekämpfen wollen, können das also nur dadurch tun, daß sie der SPD folgen und sich fürs erste an dem Volksbegehren gegen Panzerkreuzer beteiligen.

## Vor dem Kampf in der Werkinindustrie

Wenn nicht der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister „nach alter Manier“ noch im letzten Augenblick „von Amts wegen“ einen Nachspruch fällt, so ist der Ausbruch des Werstarbeiterkampfes der Sechsstundenarbeit an der Wasserfront unvermeidlich. Die letzten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter im Reichsarbeitsministerium sind wiederum ergebnislos verlaufen, so daß alle Verhandlungswege damit abgeschlossen sind. In einem Kampf würden 50 000 Werstarbeiter beteiligt sein.

## Sie drohen wieder einmal

In der Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Essen wurde nach einer Mitteilung, daß das Tarifkündigungsschreiben seitens der Metallarbeitergewerkschaften eingelaufen sei, einstimmig beschlossen, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen und mit einer wesentlichen Einschränkung der Betriebe gedroht.

## Man mordet in Christi Namen

27. London, 27. September. Innerhalb eines Monats sind nach Berichten aus Mexiko Stadt mehr als 30 Lokomotivführer und Heizer der mexikanischen Staatsbahnen überfallen und getötet worden, während die Hügel selbst ausgeraubt und schwer beschädigt wurden. Die Eisenbahnervereinigung hat ein Ultimatum an die Leitung der Eisenbahnverwaltung gerichtet, in dem Schutz für die Bahnbediensteten verlangt wird.

## Jugendliche Arbeiter der Futur-Werke in den Streik getreten

Am 21. September sind die Nietwärmer der Futur-Werke — etwa 20 Jugendliche — in den Streik getreten. Die Jugendlichen,

die über den gestellten Schiedspruch für die Werstarbeiter ungeheuer empört waren — das um so mehr, weil dieser Schiedspruch keine ihrer Forderungen erfüllte — wollen durch den Streik die Erfüllung ihrer Forderungen erzwingen. Die Arbeiter haben sich verpflichtet, diesen Kampf der Jugendlichen natürlich mit allen Mitteln zu unterstützen zu machen. So wurde den streikenden Jugendlichen bereits mitgeteilt, daß sie sich als entlassene zu betrachten hätten und sie ihre Papiere abholen sollen.

Der Streikbeschuß der Nietwärmer zeigt, daß vor allem in den Reihen der jugendlichen Arbeiter der Wille zum Kampf vorhanden ist.

## Kleine Nachrichten

Flugzeugabsturz in Warnemünde. 27. Warnemünde, 27. September. Bei den Ernst-Beinert-Flugzeugwerken in Warnemünde ist am Donnerstagmorgen ein neues Flugzeug über der Dniep abgestürzt. Der Pilot von Prondzhanski verunglückte tödlich.

Zwei italienische Militär-Wasserflugzeuge verunglückt. 27. Rom, 27. September. Gestern verunglückten zwei Militär-Wasserflugzeuge, wobei drei Militärflieger den Tod fanden und einer verletzt wurde.

15 Millionen Franken unterschlagen. 27. Brüssel, 27. September. Der Direktor der Kolonialgesellschaft Coloniziere Congo-Gesellschaft wurde hier am Donnerstag wegen Unterschlagung von 15 Millionen Franken verhaftet.

Strenger Winter in Nord-Norwegen. 27. Oslo, 27. September. In ganz Nord-Norwegen herrscht strenger Winter. Auf fast allen Bezirken Finnmarks werden harte Schneefälle gemeldet. Der russische Eisbrecher „Krasin“, der am Mittwochmorgen in Tromsø eintraf, mußte wegen des heftigen Schneefalles im Hafen bleiben. Auch aus Hamar fest wird strenge Kälte und Schneefall gemeldet.

15 Todesopfer der Sturmkatastrophe in Mexiko. 27. New York, 27. September. Nach einer Meldung aus Mexiko Stadt hat ein Zyklon im Staate Jalisco schwere Vermüstungen angerichtet. 15 Personen sind dabei ums Leben gekommen.

# Aus der Partei

## Beschluß des ZK. zu den Hamburger Vorgängen

Beschluß des ZK. zu den Hamburger Vorgängen. Das Zentralkomitee hat in seiner Sitzung vom 26. September folgenden Beschluß:

Das Zentralkomitee mißbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann u. a. als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen, bis zu ihrer Erledigung durch die Funktionen des Genossen Thälmann.

Diesem Beschluß liegt folgende Tatfrage zugrunde: Genosse Thälmann, dem persönlich kein Vorwurf der Beteiligung an der Unterschlagung Wittorfs gemacht werden kann, hat mit einigen Genossen den Versuch gemacht, die ihm und den übrigen Genossen bekanntgewordenen Unterschlagungen Wittorfs den leitenden Instanzen der Partei vorzuenthalten und unter Umgehung der Instanzen der Partei zu liquidieren. Da eine solche Handlung unvereinbar ist mit der Disziplin der Partei, da die Vertretung der Parteidisziplin durch einen verantwortlichen Parteifunktionär sehr schwer wiegt, kam das Zentralkomitee zu vorstehendem Beschluß.

Das Zentralkomitee kam dem Wunsch des Genossen Thälmann nach, ihm die Selbstenhaftung zu geben, seinen von ihm an-

kannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten. Das Urteil der Exekutive wird veröffentlicht werden.

Außerdem beschloß das Zentralkomitee:

Die Genossen Scherer, Wessche und Kleß, Hamburg, werden ihrer Funktionen enthoben, weil die bisherigen Feststellungen über ihr Verhalten zu der Unterschlagung Wittorfs einwandfrei ergeben haben, daß ein schwerer Verstoß gegen die Parteidisziplin und das Parteinteresse vorliegt. Die Untersuchung wird durch eine Untersuchungskommission fortgesetzt, um festzustellen, ob weitere Maßnahmen gegen die drei Genossen durchgeführt werden müssen.

Außerdem wurde der bereits veröffentlichte Beschluß des Politbüros, dem ehemaligen Sekretär Wittorf wegen Unterschlagung von Parteigeldern aus der Partei auszuschließen, bestätigt.

Berlin, den 26. September 1928.

Zentralkomitee der SPD

Infolge technischer Schwierigkeiten müssen wir den Roman heute weglassen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Arthur Dombrowski, für „Sport- und Unterhaltungs- und „Lesebeilage“: Alfred Dombrowski, für „Kultur- und die übrigen Beilagen“: Friedrich Kühn, in Berlin. Für den oberirdischen Teil: Robert Müller, Berlin. — Für Anzeigen: Dr. Dombrowski.



**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
 Von Sonnabend, den 29. 9. bis Freitag, den 5. 10. täglich 20 Uhr  
**Der lebende Leichnam** von Leo Tolstoi  
 Sonnabend, 4. 10., 20 Uhr  
 Aufführung  
**Eine kleine Sünde** von André Birabeau  
 Sonntag, 30. 9., 15 1/2 Uhr  
 In kleinen Preisen  
**Hokuspokus** von Curt Goetz

**Thalia-Theater**  
 Von Sonnabend, den 29. 9. bis Sonnabend, den 6. 10. täglich 20 Uhr  
**Der Prozeß Mary Dugan** von August Waller  
 Sonntag, den 30. 9. 15 1/2 Uhr  
 In kleinen Preisen  
**Arm wie eine Kirchenmaus** von Ladislaus Fodor

**Schauspielhaus Breslau**  
 Operettenbühne  
 Telefon Nr. 36304  
 Täglich 20 Uhr:  
**Der hässliche Hetterkeits-Erfolg**

**Stadt-Theater Breslau**  
 (Opernhaus)  
 Freitag, 20 Uhr  
**Abonnements-Vorstellung Serie II 2**  
**Der Kronadour**  
 Sonnabend, 19 Uhr  
**Zaunhauer und der Sängerling** auf der Wartburg  
 Sonntag, 19,30 Uhr  
**Garmen**

**Prinzessin II-II-Pa**  
 Musik v. Rob. Stolz  
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr

**Schon für 1 Mk.**  
 kann man einen Platz in Sarrasani's Vorstellung haben, der teuerste Platz kostet 6 Mk. In allen Vorstellungen:  
**„Alle Wunder aller Weltteile“**  
 Nur noch ganz wenige Tage  
 Täglich 7.30 Uhr:  
 Nachmitt.-Vorstellungen 3 Uhr:  
 Sonnabdt., Sonntag, dabei Kinder halbe Preise von 2 Mk. aufwärts  
 Vorverkäufe: Circus, Tel. 51169 u. 51521; Barasch, Tel. 52641; Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße 60, Tel. 54651 u. 51123  
 Vorverkaufswagen: Reichspräsidentenpl. u. Universitätsbrücke  
**SARRASANI**

**Drei arme kleine Mädels**

**Völker hört die Signale**  
 des Rundfunks durch Apparate des größten Spezialgeschäfts Breslaus  
**Radio Wachtplatz**  
 Friedr.-Wilhelm-Str. 16 - Tel. 59066  
 Komplette Lautsprecher - Anlage 60 Mark  
**Spezialist:**  
 Netzanschlußgeräte - Hochantennenbau

**WO**  
 kauft man gut und billig?  
 Nur bei  
**Josef Kober, Klosterstr. 41**  
 Berufskleidung, Arbeitersachen  
 Hemden / Züchen / Inlett  
 sowie alle anderen Bedarfsartikel

**Total - Ausverkauf**  
 wegen Kündigung  
 Preise radikal herabgesetzt  
 Noch großes Lager in RFB.-Kleidung  
**Berufskleidung am Wachtplatz**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 12

**Lagerraum**  
 von 340 qm Größe im Erdgeschoß im Zentrum der Stadt vom 1. 10. 28 ab zu vermieten  
 Näheres im Magistrats-Büro II  
 Bücherplatz 14 III., Zimmer 54

**Otto Klaabig, Weidenstraße 18**  
 Messerschmiedemeister  
 Schleif- und Polier-Anstalt  
 Stahlwaren-Spezialgeschäft

**Billige Arbeitshosen**  
**Winter-Joppen**  
 ganz preiswert  
**Anzüge, Mäntel**  
 vom Lager und nach Maß in jeder Preislage  
**Adolf Stenger**  
 Breslau I, Nikolaistr. 10 II

Wir empfehlen unsere  
**Buchdruckerei**  
 zur Anfertigung von  
 Werken  
 Plakaten  
 Briefbogen  
 Rechnungen  
 Programmen  
 Einladungen  
 Flugblätter  
 Massenauflagen usw.  
 Gute Ausstattung  
 Niedrigste Preise  
**PEUVAG**  
 Papier-Erzeugnisse- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft  
 III. Breslau  
 Trebnitzer Str. 50

  
 Rennrad, Extrap.  
 Diamant, GÖricke,  
 Rahmen, 45, 33, 21-  
 Hinterrad m. Fr. 11.50  
 Lenker, engl. vern. 2.40  
 Schläuche . . . 0.95  
 Decken . . . 2.80  
 Schlauchrollen 5.80  
 Speiche - 03 Kell. - 08  
 Kette - 95 Iwis 3.50  
 Holzfelge, franz. 4.95  
 Cellzablung gestattet  
 Breslau, Zimmerstr. 1  
 1922 ger. für 25% Rabatt

**Sie verdienen täglich**  
 10 Mark mit Schürzenkel  
 Nur persönl. kommen  
**Reste**  
 in Serge, Kiltel, Gelwand, Armeelutten, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdöl, alles sehr billig prima Ware  
 Detail- und Ungros  
**Berth. Lipperl**  
 Breslau  
 Gelmrichstraße 16  
 Filiale: Oberstr. 17  
 Weißgerbergasse 43

**Schuhe**  
 Wäsche, 5 rühote Hüte, Nähmaschinen Sie finden  
**ohne**  
 Zweifel das Richtige in mein- bekannten Geschäft  
**Geld**  
 brauchen Sie nicht viel, da bequeme Teilzahlung  
**Kurt Altmann**  
 Ohlauer Straße 43  
 Hof, 1. Etg.

**Wissen Sie schon?**  
 Alles auf Teilzahlung!  
**Kurt Altmann**  
 Ohlauer Straße 43!

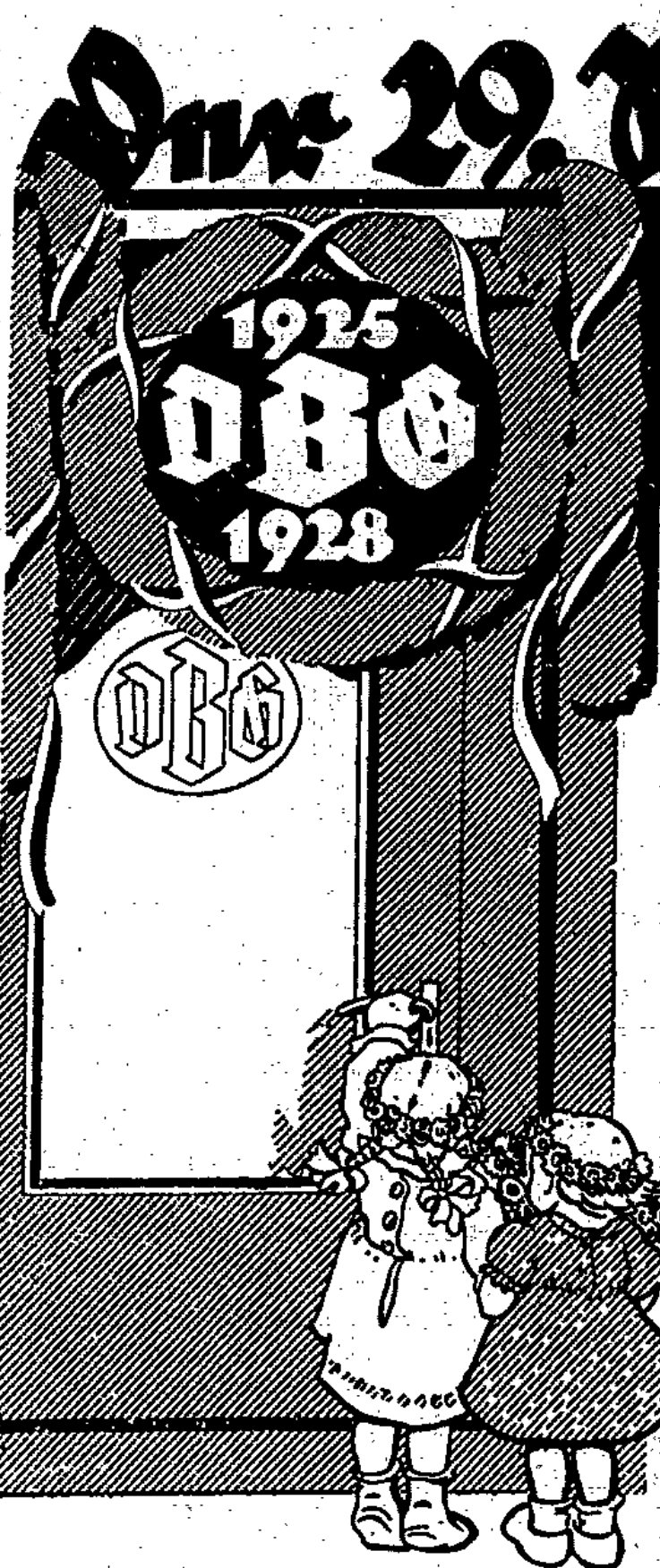
**Fahrräder Kinderwagen Sprechapparate**  
 Beste Fabrikate! Niedrigste Preise! Bequeme Teilzahlung!  
**Hesse**  
 Breslau, Feib., Gde. Alexanderstr.

**Fahrräder** 10 M. Anzahl. 3 M. Wochenr.  
**Sprechmaschinen, kleine Anzahl.**  
**Nähmaschinen ohne Anzahlung**  
**Bittner, Scheitniger Str. 38**  
 Reparaturen, Emailierung, Vernicklung. Versand nach außerhalb

**Das neue Partiewarenhaus**  
 Laurentiusstraße 22  
**Ist eröffnet!**  
 Sie kaufen dort reelle **Arbeitskleidung** für jeden Beruf  
**Herrn, Damen, Knaben-Anzüge** für jede Gelegenheit zu allerniedrigsten Preisen  
**Größte Auswahl!**  
**Fachmännische Bedienung**

**Belches freibame Ehepaar**  
 wünscht sich ein gutes gewandlungsfähiges Gebälk durch Übernahme eines Kommissions-Warenlagers? Geld nach Belieben, wenn höhere Bürgschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse nicht nötig, da ich sie leicht zu erwerben sind. Bei gutem Zeugnis wird auch Invalide berücksichtigt. Haben Sie Lust und Fleiß zum Geldverdienen? So senden Sie Ihre Adresse sofort an die Firma  
**Ernst Baerl**  
 Nieder-Friedrichstr., Deutscher Breslau  
 Warenhandlung und Spedition

**Der 29. September**



**10% Jubiläumsgeschenke!**  
 Die Damen sind diesem Anlaß unsere Herren, unfähigsten Kundenschaft freizulassen für ihre bewährten Durchkäufe und gewöhnlichen Darlehen vom 29. September bis 6. Oktober auf alle Einkäufe  
**10% Jubiläumsgeschenke**  
**Robert**  
 und die übrigen  
**8 Wochen Kredit.**  
 Einmal, Sittungsvollen, sowie unsere alten Kunden können bei uns Aufschub der Anzahlung  
 1. Anzahlung: November 28

**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft**  
 Das bevorzugte Kaufhaus der Beamtenwelt  
**Kauf gleich zahle später**  
 Breslau, Junkernstr. 38/40 am Christophorplatz

**Kaufhaus Bach & Bladmann**  
 Breslau 23 :: Herdainstr. 44  
 Filiale: Brockau, Güntherstr. 19  
**Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!**

**Jetzt wissen Sie es!**  
 nicht nur Schuhe, auch Wäsche, Strümpfe Hüte, Nähmaschinen. - Teilzahlung!  
**Kurt Altmann,** Ohlauer Str. 43!

**Hüte und Mützen Herren-Artikel**  
 kaufen Sie am besten bei  
**Felix Eckerl**  
 Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

**Billiger Fleisch-Verkauf!**  
 Schweinefleisch . . . Pfd. 0.90 - 1.10  
 Schweinehälften . . . 1.30  
 Schweine-Rotelett . . . Pfd. 1.20 - 1.30  
 Rindfleisch o. Knoch. . . Pfd. 1.10 - 1.30  
 Suppenfleisch . . . 0.70 - 1.00  
 Kalbfleisch . . . 1.10 - 1.20  
 Kalbfleisch o. Knoch. . . 1.20 - 1.50  
 Rindfleisch . . . 1.10 - 1.20  
 Roteletts . . . 1.00 - 1.20  
 Feiner Speck (deutsch) . . . 1.10  
 Ausgebr. Schweinefett (deutsch) . . . 1.00  
 Gulaschfleisch . . . Pfd. 0.90 - 1.10  
 Gehacktes . . . von 0.80 an  
 Frische Schweineköpfe . . . Pfd. 0.50  
 Schweineflossen . . . Pfd. 1.20 - 1.30  
 Lungenfett . . . 1.30  
 Gepökelte Eisbeine . . . 0.90  
 Wadenschinken 0.10 Pf., Wiener . . . 0.10  
 Bratwürstchen . . . Paar 0.20  
 Rindfleisch (deutsch) . . . Pfd. 1.10  
 Gehackter Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.50  
 Roter Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.50  
 Lachsfilet . . . 1/4 Pfd. 0.55  
 Bratfleisch u. Mortabella . . . 1/4 " 0.25  
 Weizenschinken, Braunschweiger . . . 1/4 " 0.25  
 Leberwurst . . . 1/4 Pfd. 0.20 - 0.40  
 Polnische . . . Pfd. 0.80 - 1.00  
 Feinster Aufschnitt . . . 1/4 Pfd. 0.40  
 sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt  
**Adolf Weiß**  
 Fleischer- und Wurstfabrik, Breslau  
 Marktstraße 13 / Fernspr. 25 669

**Radio - Anlagen und Grammophone**  
 in allen Preislagen  
 Streng reelle und fachmännische Bedienung  
 Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der  
**Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H. STREHLER**  
 Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

**Hoher Verdienst**  
 durch Abonnentenwerbung in allen Orten. Meldungen bei der **Schlesischen Verlags-Gesellschaft m. b. H.**  
 Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

**Inserate**  
 haben in unserer Zeitung  
**besten Erfolg**

**Parteiorganen!**  
 Kauft nur bei den Inserenten  
**Eurer Zeitung**

# Gegen Polizeischikane und Polizeiverordnungen

## Das Waldenburger Versammlungsverbot vor dem Landtag

Die Genossen Landtagsabgeordneten Schwent, Kasper, Dabbin, Scherlein, Golle, Jendrekly, König (Berlin), Buch, Menzel (Halle), Wollweber, Zobel und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei haben folgenden Antrag eingebracht:

Die unübersehbare Zahl der Polizeiverordnungen — man spricht in Preußen von einer Million, während das Innenministerium sie auf „höchstens“ 250 000 schätzt — schafft eine unerträgliche Inflation des Rechtszustandes und öffnet Schikanen Tür und Tor. Die zahlreichen Polizeibehörden haben im Laufe der Jahrzehnte in dem Erlaß immer neuer polizeilicher Beschränkungen des Publikums geschwelgt, ohne sich der Mühe der Nachprüfung unterzogen zu haben, welche der erlassenen Verordnungen inzwischen veraltet sind und keine Existenzberechtigung mehr haben.

Die Anzahl der polizeilichen Bestimmungen macht aus dem angeblichen „Rechtsstaat“ einen Polizeistaat. Da jede Verordnung innerhalb ihres örtlichen Geltungsbereiches nicht nur für die im Bezirk Anwesenden, sondern für jedermann bindend ist, stellt jede einzelne eine Belastung der gesamten Bevölkerung dar.

Wenn es heute möglich ist, jemanden zu bestrafen, weil er z. B. während des Hauptgottesdienstes in seinem an der Straße belegenen Gartenland seine Rosen beschneidet oder Pfirschen pflückt, oder daß auf Grund einer Polizeiverordnung aus dem Jahre 1833 gewisse Polterabendcherze unter Strafe genommen werden, so ist das ein unerträglicher Zustand. Abgesehen davon aber ist eine Unmenge von Polizeiverordnungen mit den Grundrechten der Verfassung und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen.

Wenn z. B. der Preussische Landtag durch das Gesetz vom 28. November 1926 die §§ 9 und 10 des Preussischen Pressegesetzes, d. h. die Beschränkungen über Aushang und Anheften von Plakaten, Ausrufen von Druckschriften usw., aufgehoben hat, so konnte das nur bedeuten, daß damit auch alle von Polizeibehörden erlassenen Beschränkungen ohne besondere formelle Aufhebung fallen sollten. Dennoch wird die Bevölkerung dauernd weiter mit diesen polizeilichen Vorschriften behelligt. Selbst in Berlin sind Verfahren z. B. gegen Gastwirte, sogar in der Wahlzeit, vorgekommen, die Versammlungsplakate innerhalb ihrer Gastwirtschaft von der Straße aus sichtbar ausgehängt hatten.

Der Preussische Innenminister, Herr Grzesinski, gibt zwar zu, daß eine ganze Anzahl der bestehenden Verordnungen nach Form und Inhalt der heutigen Auffassung nicht mehr entspricht, jedoch lehnt er eine Generalaufhebung ab, weil er des Glaubens sein will, daß die Polizeibehörden von selbst erkennen würden, welche ihrer Verordnungen überholt und aufzuheben sind. Alle bisherigen Erfahrungen sprechen aber dagegen. Außerdem ist es bedenklich, diese Entscheidung den Polizeibehörden selbst zu überlassen; sie werden nur immer geneigt sein, ihre Rechte dem Publikum gegenüber auszuüben.

Die Unfähigkeit der mit dem Erlaß von Polizeiverordnungen bislang betrauten Stellen, das Publikum vor dem Weiterbestehen veraltet, oft lächerlich wirkender Verordnungen zu bewahren, macht es notwendig, das Polizeiverordnungsrecht auf die Selbstverwaltungskörperschaften zu übertragen.

Bis zur Durchführung dieser Reform kann mit der Beseitigung der bisherigen Polizeiverordnungen nicht gewartet werden. Die unverzügliche Aufhebung durch besonderes Landesgesetz ist unbedingt erforderlich.

Um eine Wiederkehr des jetzt bestehenden Zustandes zu verhindern, ist eine zeitliche Beschränkung der Verordnungen notwendig. Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, schleunigst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach:

1. das Polizeiverordnungsrecht auf die kommunalen Körperschaften übertragen wird;
2. solange dies nicht durchgeführt ist:
  - a) alle bislang erlassenen Polizeiverordnungen, mit Ausnahme der gesundheitspolizeilichen Vorschriften, der Bestimmungen, die den Schutz der Arbeiter und Angestellten betreffen, und der Vorschriften über den Tierchutz mit dem 31. Dezember 1928 außer Kraft treten, sofern sie nicht an sich schon für längere Geltungsdauer erlassen sind oder vorher aufgehoben werden;
  - b) alle hiernach neu erlassenen Polizeiverordnungen spätestens nach zwei Jahren außer Kraft treten, sofern sie nicht für längere Geltungsdauer erlassen sind oder vorher aufgehoben werden.

Berlin, den 21. September 1928.  
Eingegangen 22. September 1928.

Die Forderung der Kommunistischen Fraktion: Fort mit dem Wust von Polizeiverordnungen, die jeder Schikane Tür und Tor öffnen, wird in allen Arbeiterkreisen lebhaftes Echo finden. Existieren doch noch Hunderte von Polizeiverordnungen aus der wilhelminischen Zeit, ja sogar aus der vormärzlichen Zeit, die von den Polizeigewaltigen benutzt werden, um der Arbeiterbewegung Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Besonders in Schleisien und Oberschlesien dienen die alten Verordnungen dazu, den Verkauf von revolutionärer Literatur zu verhindern und zu erschweren, Sammlungen zu unterbinden, Versammlungsplakate zu beseitigen usw. Die schlesische und ober-schlesische Polizeipraxis ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie Polizeiverordnungen gegen die Arbeiterchaft angewandt werden. Erinnert sei nur an die wiederholten Demonstrationsverbote in Breslau, an die Beschlagnahme des Galgenplakates am Neumarkt, das Verbot der Inschrift am Grabe des Genossen Kaiser und zuletzt das unerhörte

Verbot der Versammlung in Waldenburg anlässlich des Sindenburger-Besuches.

Dieses Verbot hat die kommunistische Landtagsfraktion zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht. Die Genossen

Wollweber, Kasper, Schwent haben folgende Anfrage eingebracht:

Die Polizeiverwaltung der Stadt Waldenburg hat eine für den 18. September von der Kommunistischen Partei einberufene öffentliche Volksversammlung verboten. Der Partei-

# Zu den Vorgängen in der Hamburger Parteiorganisation

Die Panzerkreuzerminister haben die SPD. in eine schwere Parteikrise gestürzt. Die Offensive der SPD. gegen den Panzerkreuzerbau hat auch große Massen von SPD.-Anhängern aufgerüttelt und mobilisiert. Die völlige Peite der Müller-Regierung in Genf, der Zusammenbruch ihrer Locarno-Politik und ihres Währungschwinds offenbart gerade jetzt den Massen, daß die Kommunisten tausendmal recht haben, wenn sie das Betrüsten der Imperialisten aller Länder und den drohenden Krieg als die schwerste und bereits unmittelbar politische Gefahr mit aller Energie in den Vordergrund rücken. Das Geschwätz von der Wirtschaftsdemokratie der SPD.-Führer wird durch die Schandschiedsprüche Wiffells und seiner Schlichter den organisierten Arbeitern immer mehr als ein offener Betrug erkennbar.

Gegenüber diesen politischen Rückschlägen und Niederlagen der SPD. geht der Vormarsch der KPD. unaufhaltsam vor sich. Da die kapitalistisch verfeuchten SPD.-Führer der richtigen proletarischen Politik der KPD. keine offenen politischen Antworten mehr entgegenstellen können, suchen sie täglich nach neuen Mitteln und Methoden für eine dauernde Fehlkampagne gegen die KPD. So stürzen sie sich jetzt mit allem Eifer auf einige Vorfälle in der Hamburger Organisation der KPD., deren rücksichtslose Aufklärung und Erledigung durch die Führung der Kommunistischen Partei in diesen Tagen erfolgte.

Die Klassenkampfpartei des deutschen Proletariats, die kommunistische Partei, die den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats vorbereitet und führt, muß auf die bedingungslose Reinhaltung ihrer Reihen von jeglicher Korruption halten. Rücksichtslos muß sie vor der Arbeiteröffentlichkeit auch über solche Angelegenheiten mit voller Klarheit sprechen. So auch über die jetzigen Vorgänge in der Führung der Hamburger Parteiorganisation.

Dort wurde am 29. April d. J. die Unterschlagung von 1850 Mark Parteigeldern festgestellt. In einer weiteren Untersuchung stellten am 21. Mai dann die Genossen Thälmann, Scheer, Presche und Rieck fest, daß der Sekretär Wittorf es war, der den genannten Betrag unterschlagen hatte. Diese Genossen begingen dann aber den schweren Fehler, mit Rücksicht auf die Situation in Hamburg, die Auswertung der Wahlen und die Vorbereitungen zum Stahlhelmtag, die Erledigung des Falles Wittorf zu verschleppen, statt ihn den Parteikörperschaften zu unterbreiten und Wittorf sofort aus der Partei zu entfernen. Dabei hatte keiner dieser Genossen den geringsten persönlichen Vorteil oder Anteil bei der Unterschlagung. Sie gingen von der völlig falschen und unzulässigen Annahme aus, daß sie im Interesse der Partei diesen Korruptionsfall ohne die Parteinstanzen erledigen könnten.

Der demokratisch-zentralistische Aufbau und die Einheitlichkeit der Partei lassen niemals eine solche Erledigung einzelner Korruptionsfälle, die in allen Organisationen gelegentlich auftauchen können, zu. Andersfalls könnte bei der Arbeiterchaft der Eindruck erweckt werden, als ob es irgendeine Duldung von Korruption in der KPD. gäbe. Daß er zusammen mit anderen führenden Genossen nicht sofort die rücksichtslose Ausmerzung des Parteischädlings Wittorf durchführte und dazu auch den Parteinstanzen nicht die Möglichkeit gab, darin bestehen vor allem der schwere politische Fehler des Genossen Thälmann. Er ist als Führer besonders verantwortlich dafür, daß niemals ein Zweifel darüber aufkommen darf, daß die Partei vor der Arbeiteröffentlichkeit, im Gegensatz zu der verbürgerlichten und durch korruptierten SPD.-Führerschaft, vollständig makellos dasteht.

Das Polit-Büro und das Zentralkomitee haben keinen Augenblick gezögert, trotz der großen Verdienste des Genossen Thälmann um die Partei, um die revolutionäre Bewegung, trotz seines großen Ansehens bei der gesamten revolutionären Arbeiterchaft, sein Verhalten vor der Arbeiteröffentlichkeit aufs schärfste zu mißbilligen. Auf seinen eigenen Antrag hin beschloß das Zentralkomitee, seine Angelegenheit dem Präsidium des ZK. zur Stellungnahme und Erledigung zu überweisen. Dieser Beschluß entspricht den statutarischen Bestimmungen der Komintern, da Genosse Thälmann Mitglied des ZK. ist und daher dessen Disziplin untersteht. — Gegen die anderen drei Hamburger Funktionäre wurden unmittelbar die bereits veröffentlichten Beschlüsse gefaßt, während die Untersuchung noch fortgeführt wird.

Die einstimmige Annahme aller dieser Beschlüsse in der Vollziehung des ZK. bei gründlichster Untersuchung werden jedem Genossen, jedem revolutionären Proletarier eine erneute Garantie für die innere Festigkeit und Reinheit der Kampfschlüssigen Führung der Kommunistischen Partei sein. Sie sind für jeden revolutionären Arbeiter ein Ansporn, seine revolutionäre Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Das klare und rücksichtslose Auf-

leitung der SPD. wurde keine Kenntnis von dem Verbot dieser Versammlung gegeben. Die Polizeiverwaltung veranlaßte lediglich bei dem Plakatinstitut, daß die Versammlungsplakate nicht geklebt wurden. Abgesehen davon, daß das Verbot unserer Ansicht nach überhaupt ungerechtfertigt war, hatte die Maßnahme der Waldenburger Polizeiverwaltung zur Folge, daß Menschenleben gefährdet wurden.

Das Versammlungslokal war von Polizei besetzt. Die Besucher verlangten naturgemäß in Unkenntnis des Verbots Einlaß in den Versammlungsraum. Nur der Disziplin der kommunistischen Funktionäre ist es zu verdanken, daß es dabei nicht zu Zusammenstößen kam.

Der Anlaß für das Verbot ist angeblich die Formulierung des Plakatgesetzes.

Wir fragen das Staatsministerium: Wird das Verhalten der Waldenburger Polizeiverwaltung gebilligt?

Und wenn nicht, was gebietet das Staatsministerium zu tun, um in Zukunft solche Vorkommnisse zu verhindern?

Berlin, den 20. September 1928.  
Eingegangen 22. September 1928.

treten der kommunistischen Führung in diesem Falle wird die Anerkennung jedes Klassenbewußten Proletariats finden. Die SPD. beweist damit erneut, daß sie in jedem Falle gegen etwaige, in ihren Reihen auftauchenden Verschlingungen mit der ärmsten Strenge vorgeht. Die Mitgliedschaft wird dadurch in die Lage versetzt, jede Ausnutzung des Hamburger Vorfalles rücksichtslos zurückzuweisen, indem sie zum Angriff übergeht gegen die aller Welt bekannte und gerichtsnotorische Korruptionswirtschaft der anderen Parteien.

Die SPD. hat ebensovienig wie irgendeine andere bürgerliche Partei auch nur einen Funken von Recht zu irgendwelcher Entrüstung oder Kritik. Die KPD. kann mit vollem Recht auf ihre revolutionäre Disziplin hinweisen, der keine andere Partei etwas Ähnliches an die Seite zu stellen je imstande sein wird. Die Rücksichtslosigkeit in der Anwendung der Parteidisziplin der Kommunistischen Partei müssen auch ihre ärgsten Feinde anerkennen.

Die Partei hat außerdem in den schwierigsten Auseinandersetzungen immer wieder bewiesen, daß sie alle Angelegenheiten der Partei vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit zu diskutieren und zu entscheiden versteht. Umgekehrt ist es bei der SPD. und den anderen bürgerlichen Parteien bereits eine ständige Gewohnheit, alle ihre zahlreichen Fälle der politischen oder auch der moralischen Korruption zu verdecken, zu verfleistern und zu vertuschen.

Diese neuen Bürger der kapitalistischen Republik, die Scheidemann, Noske, Starz, Parvus, Leinert, Heilmann, Varnat, Bauer, Wels, und wie sonst noch alle heißen mögen, sie haben längst vergessen, was proletarische Moral und revolutionäre Disziplin bedeuten. Kein organisierter Arbeiter wird noch irgendein Entrüstungsgeheiß dieser Leute ernst nehmen können.

Gerade das Verdecken schwerster politischer Fehler und schlimmster politischer Korruption, wie sie besonders im Weltkrieg und während der ganzen Koalitionspolitik der SPD. zum Wesen dieser Partei gehörten, sind das tragische und historische Verhängnis der Arbeiterklasse. Die kapitalistische Verflechtung der ehemaligen Arbeiterführer ist einer der Hauptgründe für die Politik des 4. August, für den Verrat an der Revolution, für die weitere Kette der schweren Niederlagen des Proletariats, die mit dem Aufbau der kapitalistischen Republik verbunden war.

Die Reinheit und Festigkeit der kommunistischen Reihen, die eiserne Strenge, besonders in der Führung, gibt der Partei im politischen Kampf gegenüber allen Feinden des Proletariats ein entscheidendes Übergewicht. Sie kann mit um so schärferer Kritik und mit um so größerer Entschlossenheit den Kampf gegen die Fülle der politischen Verbrechen am Proletariat führen. Gegen Panzerkreuzerfunktionspolitiker, Koalitionspolitiker, imperialistische Kriegsheher und kapitalistische Ausbeuter werden wir den begonnenen Vormarsch der Partei an der Spitze immer breiterer Massen für die endgültige Befreiung des Proletariats fortsetzen.

## Neuer Anschlag gegen KPD. Hochverratsverahren vom Oberreichsanwalt eingeleitet

Wie gemeldet wird, hat der Oberreichsanwalt im Zusammenhang mit der Abhaltung eines kommunistischen Führerlagers ob Gemeinhin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob die in diesem und anderen Führerlagern betriebene Agitation und die dort üblichen Übungen eine Vorbereitung zum Hochverrat darstellen.

Die Aktion des Oberreichsanwalts gegen den Roten Frontkämpferbund und die Rote Jungfront ist eine Provokation der gesamten Arbeiterchaft. Der Stahlhelm, der Jungdeutsche Orden und das Reichsbanner dürfen ungehindert offene militärische Übungen abhalten. Sie sind die illegalen Reserven der deutschen imperialistischen Aufrüstung. Gegen sie wird kein Staatsanwalt einschreiten. Hindenburg ist der Ehrenvorsitzende des Stahlhelms — das Reichsbanner bildet für ihn Spalier bei seinen nationalpolitischen Propagandasfahrten. Zur selben Zeit wird von der imperialistischen Presse eine infame Hebe gegen den Roten Frontkämpferbund inszeniert, um Stimmung für das Verbot des RFB. zu machen.

Jetzt ist es schon so weit, daß der Oberreichsanwalt einschreiten kann. Bald wird der Verfassungsmäßiger Seerang zugeschlagen. Der RFB. ist die Schutzorganisation des Proletariats gegen die imperialistische Kriegsgeldr und die Bedrohung der Sowjetunion und muß daher unterdrückt werden.

Die gesamte Arbeiterchaft wird geschlossen den Anschlag auf den Roten Frontkämpferbund und die Rote Jungfront abwehren. Die massenhafte Beteiligung am Volksbegehren muß die Antwort sein.

# Sohnabkommen in der rheinisch-westfälische Metallindustrie gekündigt

Vor bedeutenden und schweren Schäden.  
Der Deutsche Metallarbeiterverband hat, gemeinsam mit den Schwestern und Brüdern, das Sohnabkommen in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie (nordwestliche Gruppe) zum 31. Oktober gekündigt. Die Verbände fordern für alle Arbeiter über 21 Jahre eine Lohnzulage von 15 Pfg. pro Stunde. Die Forderung der Opposition ist ebenfalls 15 Pfg. Zulage für das Grad der Arbeiter und 20 Pfg. für die Hilfsarbeiter. Für die letzteren 20 Pfg., weil ihre Löhne sehr tief unter den übrigen Löhnen liegen und noch vermindert werden sollten.

Im wesentlichen haben also die Verhandlungsinstanzen die Forderung der Opposition übernommen, es kommt nur darauf an, sie im Kampfe durchzusetzen. Zum Anruf der Schlichtungsinstanzen ist nichts zu erwarten. Im vorigen Jahre erhielten die Hüttenarbeiter durch Schlichtungsbescheid 2 Pfg. Zulage pro Stunde. Infolge der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse ist inzwischen die Not der Hüttenarbeiter aufs höchste gestiegen, die bei ihrer schlechten Ernährung noch täglich 12 Stunden arbeiten müssen. Formell soll zwar die reine Arbeitszeit nur 10 Stunden betragen, in der Schichtzeit von 12 Stunden sollen zwei Stunden Pause eingelegt sein. Doch bei dem Debittempo in den Hüttenwerken wird den Hüttenarbeitern kaum soviel Zeit gelassen, daß sie mitten in der Schichtzeit ihren mageren Vorrat hinterbringen. Zum 31. Dezember kann das Arbeitszeitabkommen tragend gekündigt werden. Mit Rücksicht wurden die Kündigungsstermine auseinandergelegt, weil die Reformisten keine Verbindung des Arbeitszeit- und Lohnkampfes wollten. Nun werden die Reformisten vom Streik um die Lohnforderung abgelenkt mit dem Hinweis, daß man die Kräfte bis zum Arbeitszeitkampf sparen sollte. Aber gerade die Durchsetzung der Lohnforderung im Kampf ist die beste Gewähr dafür, daß dann auch im Januar der Achtstundentag erkämpft werden kann. Darum müssen die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppen, wenn sie etwas erreichen wollen, zum Streik mobilisieren.

# Entlassungen wegen ungenügender Hündenburg-Begeisterung

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)  
Wertwürdige Zustände sind in dem Betrieb „Träger und Bauzeilen, Breslau“ eingetreten. Als der „Ketter“ in Breslau erschien, glaubte auch der Betriebsleiter, ein ehemaliger schweizer Stappellieutenant, ein gewisser Herr Reppmann, feiern zu müssen. Aus der Kumpellammer wurde die alte schwarzebraune Fahne hervorgeholt. Anstatt sie nun zu Hause an sein Fenster zu hängen, fiel es ihm ausgerechnet ein, sie auf das Fabrigebäude aufzupflanzen. Auf alle Einwendungen der Betriebsräte und der Belegschaft hatte er nur ein spöttisches Lächeln übrig. Leider ließ sich ein irreführender Arbeiter, der im Stahlhelm ist, dazu verleiten, die Fahne hochzuziehen. Sofort legten die Lagerarbeiter die Arbeit nieder, um gemeinsam mit der übrigen Belegschaft, die sich sehr lau dazu verhielt, gegen diese Provokation der Arbeiterschaft zu protestieren.

Der Stahlhelmer holte trotz mehrfacher Aufforderungen die Fahne nicht herunter. Um der Sache etwas Nachdruck zu verleihen, belam er darauf ein paar Arbeiterkäufe zu spüren. Dem Felder fiel nun das Herz in die Hosen, und er holte die Fahne wieder herunter.

Dafür glaubte sich der Betriebsleiter rächen zu müssen. Er raste im Betriebe herum und sann auf Rache. Endlich hatte er einen Ausweg gefunden und ging zum Meister, dem er klarlegte, daß alles neue Leute eingestellt werden müssen.

Da gerade etwas weniger Arbeit war, fing er mit der „Aubandung“ des Betriebes an. Er suchte sich diejenigen aus, die schon ein Jahr da waren und Anspruch auf Urlaub hatten. Vor allen Dingen wollte er den Betrieb von Kommunisten säubern; zwölf Mann wurden entlassen. Auf Einwendungen des Betriebsrats hatte er nur zur Antwort, daß er sich die Leute aussucht, die er braucht.

Bei der Firma scheint es Mode zu sein, Arbeiter und Angelernte einzustellen und sie dann nachher als Schlosser arbeiten zu lassen, um dadurch billige Arbeitskräfte zu haben. Ein Jüngerer kommt selten in den Genuß der Ferien, da sie, wie schon oben erwähnt, ein bis zwei Wochen vor Ablauf des Jahres, auch trotz reichlicher Arbeit, entlassen werden.

Noch vieles ließ sich über den Meister Kobame und seine Arbeitsmethoden gegenüber Arbeitern reden, doch davon nächstes Mal mehr.  
Arbeiter, sorgt für Reinhaltung eurer Betriebe! Kämpft gegen unwürdige Zustände!

# Rette Zustände in den Freiburger Uhrenfabriken Betr. I

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)  
Im Betrieb I gibt es einen Photographen mit Namen Lammhäuser. Der Herr ist im katholischen Gesellenverein und wer weiß noch in was für katholischen Vereinen. Dieser Herr Lammhäuser kann sich gegen Arbeiterinnen alles erlauben. Im Juni hatte derselbe einem Mädchen unnütze Anträge in seinem Atelier während der Arbeitszeit gestellt. Dieses wehrte sich dagegen und meldete den Fall dem Arbeiterrat. (Es sind noch andere Fälle zwar nicht der Öffentlichkeit, aber dem Arbeiterrat bekannt.) Der Arbeiterrat nahm Stellung dagegen und verlangte von der Direktion die Entlassung Lammhäuser's. Das wurde vom Direktor Mansberger zugesagt. Aber wie es scheint, hat der Herr Generaldirektor die Sache recht leicht genommen. Ober sollte Generaldirektor Dr. Bühler diese Vorkommnisse quälen? Hier muß Abhilfe geschaffen werden!

Weitere Zustände bestehen im Betriebe in der Abteilung Auhütterei. Dort ist ein Meister, der seine Arbeiterinnen befehligt, wie es ihm gerade gefällt. Ist Arbeit da, werden, wenn es geht, schnell im geheimen Überstunden gemacht und recht viel Lohn eingestrichelt. Dann auf einmal gibt es wieder keine Arbeit, und die Arbeiterinnen müssen stundenlang warten. Aber wehe, wenn eine Arbeiterin Urlaub haben will, da gibt es eben keinen. Der Betriebsmeister Böhler bringt es sogar fertig, die Arbeiter um 9 Uhr zu befehlen oder gar nachmittags um 2 Uhr, um zehn Werke fertig zu machen, weil diese gerade eilig sind. Kartzzeit zu bezahlen, läßt dem Herrn gar nicht ein.

Weiterhin gibt es einen Meister mit Namen Kobisch in der Einschrauberei. Dort werden Akkorde nach Belieben festgesetzt. Es gibt im Laufe drei Gruppen, und zwar B, C und D. Die Gruppe D ist die bestbezahlte. Die dafür in Frage kommende Arbeit wird von dem Herrn ganz einfach zur „minderwertigen“ gemacht und dieselbe nicht etwa nach Gruppe C, sondern gleich nach Gruppe B zurückgelegt. Auch dort werden die Arbeiter nach Belieben befehligt. Ist fünf Minuten vor dem Feierabend noch ein Werk eilig, muß es schnell gemacht werden.

Eine ganz keine Marke ist ein Herr Lindner, Lagerhalter. Er prahlt mit den Arbeitern herum, wie in einer Kaiserliche Seite

# Ausschluss des Genossen Wied aus dem Holzarbeiterverband

Vor einigen Tagen hat der Verbandsvorstand des Holzarbeiterverbandes den Genossen Wied aus dem Holzarbeiterverband ausgeschlossen, dem er über 34 Jahre angehört hat, und für dessen Ausschluß als Kampforganisation er wirkte. Die Verbandsbürokratie unter Führung des Wirtschaftsdemokraten Lamm bringt in ihrer „Ausschlussbegründung“ ihren ganzen Haß gegen den Genossen Wied zum Ausdruck, indem sie frech behauptet, daß er als „Vertreter der kommunistischen Bewegung“ sich Handlungen gegen die Interessen des Verbandes schuldig gemacht habe. In seinem Artikel in der „Morgenbahn“, „Mittel zum 1. Mai“, sei eine „Illustrationsprobe“ dafür gegeben, „mit welcher Skrupellosigkeit Sie gewillt sind, die Gewerkschaftsbewegung herabzusetzen und ihre Geschlossenheit zu zerstören.“ An anderer Stelle heißt es: „Dieses Verbrechen an der kämpfenden Holzarbeiterschaft hat sich die von Ihnen geführte Komzelle schuldig gemacht, und dafür mußten die Verantwortlichen, zu denen in erster

Reihe Sie gehören, aus der Organisation entfernt werden, wie das in jedem ähnlichen Fall auch in Zukunft geschehen wird.“  
Auf den Hinweis des Genossen Wied, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Verbandes in einer Fraktion zusammengefaßt und fraktionell zu den Verbandsangelegenheiten Stellung nehmen, erwidert der Verbandsvorstand, daß das lediglich eine Abwehrbewegung zum Schutz der gewerkschaftlichen Arbeit gegen die Versuche der Kommunisten sei, die Gewerkschaften unter die Botmäßigkeit der kommunistischen Partei zu bringen.

Der Genosse Wied hatte in seinem Schreiben zu dem gegen ihn beantragten Ausschluß an Hand von Beweisen ausführlich dargelegt, wie die Verbandsbürokratie nicht nur den Klassenkampf völlig preisgegeben, sondern sich zu offenen Helfern des Unternehmertums und der imperialistischen Bourgeoisie entwickelt habe. Besonders legte das der Genosse Wied an Hand der von dem Holzarbeiterverband besetzten Lohn- und Beitragspolitik dar, durch die nachweislich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter geschädigt wurden. Weil die Opposition diese Politik der Verbandsbürokratie auf das schärfste bekämpft und mit wachsendem Erfolge die Kollegen zum Kampfe gegen das Unternehmertum sammelt, greift die Bürokratie zu den Ausschüssen der Kommunisten und zur Spaltung der Gewerkschaften.

Es ist die Sache aller Holzarbeiterkollegen, den Kampf um die Wiederaufnahme des Genossen Wied und aller ausgeschlossenen Kommunisten mit gesteigerter Wucht zu führen und damit gleichzeitig den Terror der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder herausstellen. Die Offensive des Unternehmertums wie auch die Krieg- und Rüstungspolitik des Imperialismus bergen ungeheure Gefahren für Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung in sich, die nur durch den schärfsten Klassenkampf und die auf ihr beruhende Einheitsfront aller Werktätigen bezeugt werden kann. Bei dem Holzarbeiterverband gegen den Kampferzeuger heißt es, diese Einheitsfront verstärken und damit auch gleichzeitig den Kampf gegen die sozialdemokratische Ausschluß- und Spaltungspolitik der Gewerkschaftsbürokratie zu steigern.

lernt der Herr einen Arbeiter an, und wenn dieser eingerichtet ist, stellt er irgendein „Werkzeug“ fest. Sofort kommt derselbe von der Stelle weg, und ein anderer wird eingerichtet. Der dabei angeschlagene Ton könnte ruhig etwas besser sein.

Für heute genug. Ein andermal mehr. Den Arbeiterinnen und Arbeitern sagen wir Schlichte euch zusammen im DVB, und er kämpft euch bessere Verhältnisse. Folgt in den Verbänden der Opposition!

# Die Breslauer Holzarbeiterjugend sendet Delegation ins Volksbegehren auf Tee

In Ergänzung der gestern veröffentlichten Resolution der Breslauer Holzarbeiterjugend wird uns mitgeteilt, daß diese Organisation auch einen Vertreter ins Breslauer Komitee zur Durchführung des Volksbegehrens entsandt hat.

# Das Ereignis für den Herrn!



Unsere Neu-Eröffnung am Sonnabend, den 29. September, vorm. 9 Uhr ist in jeder Hinsicht eine Sensation!

Was wir versprechen, das halten wir! Zu diesen Preisen kann jeder kaufen!

- Nur einige Beispiele:
- Der elegante Ulster mit und ohne Gurt 43.00, 39.00, 32.50, 30.00 und höher **27,50**
  - Der moderne Eskimo-Paletot 62.00, 60.00, 40.00, 32.00 und höher **27,50**
  - Der eleg. Rockpaletot 69.00, 64.00 und höher **34,00**
  - Joppen Sattelrock und zweifach 20.00, 18.00, 16.00, 14.00 und höher **11,50**
  - Der fesche Sacco-Anzug in den mod. Farben 60.00, 45.00, 38.00 und höher **27,00**
  - Der moderne Anzug für den veredelten Geschmack in best. Verarbeitung, z. T. Ersatz für Maß 55.00, 49.00 und höher **60,00**
  - Der blaue Kammeranzug garant. reine Wolle 65.00, 55.00, 45.00 und höher **39,50**
  - Strap- u. Kammerhosen nur erprobte Qual. v. **3,90**

Sie finden ferner in riesiger Auswahl zu staunend billigen Preisen Gesellschaftskleidung / Sportbekleidung / Berufskleidung jeder Art Jünglings- und Kinderbekleidung

Bekleidungshaus  
**NORD-OST**  
Scheitniger Str. 12 Ecke Adalbertstraße  
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung nur eigener Fabrikation

Wohn am Sonntag?

4 300 000 Eintragungen müssen für das Volksbegehren abgegeben werden. Das sind rund 4 Millionen mehr als bei der Wahl am 20. Mai die Kommunistische Partei an Stimmen erhalten hat.

Am Sonntag alles aufs Band!

Streik bei Schiller & Schmel

Wie wir erfahren, haben die Metallarbeiter der Firma Schmel u. Schmel am Morgen des gestrigen Tages die Arbeit niedergelassen, doch soll nach stundenlangen Verhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen worden sein.

Die gewalttätig geräumte Wohnung

Su her in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung unter obiger Überschrift gebrachten Mitteilung wird uns von dem Schmelmeiester Weimann mitgeteilt: Die Hypothek über 8400 Mark ist nur als Pfand hinterlegt worden. Die Behauptung des Balang, das sie als Geschäftskaufnahme gedacht war, ist unrichtig.

Feuerbestattung

Dem städtischen Bestattungsamt wird uns geschrieben: Anträge auf Einäscherung Verstorbener in der Feuerbestattung sind in der letzten Zeit sehr zahlreich eingegangen. Die Bestattung des Balang, das sie als Geschäftskaufnahme gedacht war, ist unrichtig.

Hallo! Heute abend, 20 Uhr, spielen „Die Trommler“ Wir haben deshalb den „Lesing“ gewählt, um den proletarischen Besuchern sowohl den langen Hin- und Rückweg als auch das Fahrgehl zu einem der größeren Säle zu ersparen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Dieser Woche läuft in den G.-S. des „Biberpelz“ noch dem gleichnamigen Stück von Gerhard Hauptmann. Die alte Diebeskomödie ist im Film nach etwas größerer Maß bei Hauptmann.

Kombinierte Mitgliederversammlung

Am Freitag um 20 Uhr finden nachstehende Mitgliederversammlungen statt, zu denen sämtliche Mitglieder der Partei, die Kameraden des KZV, sowie die Mitglieder der ZAV, der AG, und des KZM, und der Organisationen, die sich dem Volksentscheid angeschlossen haben, zu erscheinen haben:

Stabelwitz. Öffentliche Versammlung. Am Sonntag, 29. September, 1930 Uhr, findet im „Volksgarten“ (Kamille) eine öffentliche Volksversammlung statt. Thema: Panzerkreuzer, Wirtschaftsdemokratie und Volksbegehren.

Die Verkehrsverhältnisse in Breslau, insbesondere in der Innenstadt, nehmen immer katastrophalere Formen an. Die fortschreitende Motorisierung der Verkehrsmitel sowie die Steigerung des Verkehrs an und für sich haben es mit sich gebracht, daß die Straßen, besonders infolge ihrer geringen Breite, den gesteigerten Ansprüchen nicht mehr genügen.

Nachdem als feststehend anzusehen ist, daß der Bahnhof an seiner jetzigen Stelle für absehbare Zeit bestehen bleiben muß, und daß diesem Ostbahnhof ein weiterer anfallender Bahnhof bei B. B. 1, etwa in der Kreuzung der Stebenhufen- und Straßestraße mit der Verbindungsbahn, zur Seite treten wird, muß eine Diagonalarbindung dieses zweiten Hauptbahnhofes mit der Stadtmitte ins Auge gefaßt werden.

Eindbruch bei den Deutschnationalen. In der Nacht zum Mittwoch ist in das Büro der Deutschnationalen Volkspartei im Hause Junkenstraße 41/42 eingebrochen worden. Die Türen wurden mit Nachschlüssel geöffnet und sämtliche Kasse, Schränke und Schreibtische erbrochen.

Einfach mitgenommen. Gestohlen wurde aus dem Turm des Landgerichts ein heller eichener Sofastuhl und zwei helle eichene Rohrstühle, ungezeichnet, die wegen Renovation der Zimmer dort vorläufig aufbewahrt wurden.

Unglücksfälle. Auf der Gählsstraße wurde ein Schüler von einem Lieferkraftwagen angefahren. Er zog sich hierbei erhebliche Verletzungen zu und wurde in das Wenzel-Haus-Krankenhaus gebracht.

Arbeitersport

Breslauer Handball-Serienspiele am Sonntag, dem 30. September

Table with columns for time, team names, and player names. Includes categories like Männer A-Klasse, Männer B-Klasse, Männer C-Klasse, Jugend A-Klasse, Jugend B-Klasse, Sportlerinnen A-Klasse, and Sportlerinnen B-Klasse.

Erstgenannter Verein hat Platzbau. Reklamate mit kurzem Spielbericht sind bis 19 Uhr bei Kipke, Frankfurter Straße, abzugeben.

Handball. Die Vereine, die bis Sonntag nicht die Mennigelder bezahlt haben, verlieren ihre Spiele kampflos und sind von der Serie ausgeschlossen.

Freie Sportvereine. 1897. Monatsversammlung Sonntagabend 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Übungsbetrieb in der Turnhalle Brunnenstraße fällt an diesem Abend aus.

Arbeiter der Inneren Stadt.

Alle Parteigenossen des Stadtteils Zentrum, die Kameraden des KZV, Abteilung 5, sowie die Mitglieder der uns nachstehenden Organisationen beteiligen sich Sonntag an der Landagitationstour mit Auto.

Achtung! Kassierer! Auf Postkontos Breslau 29 016 Friedrich Hausen müssen sofort Kontozahlungen für die Sammlungen zum Volksbegehren: Gegen Panzerkreuzer und Kriegsgeschichte eingezahlt werden.

und damit den wesentlichen Teil des alten Stadtbildes an dieser Stelle erhalten. Unter den neuen Bedürfnissen steht der Verkehr im Vordergrund. Er wird zum erweiterten Verkehrsbedürfnis selbst. Die Kommungen, die den Rändern des Ringes einseitige und geschädigte Formung überlagert haben, sind in der Mitte, im sogenannten Marktplatz, nicht vorhanden.

Versammlungskalender

- Stadteil Nord. Die am letzten Sonntag abgeleitete Landagitation findet am Sonntag, dem 30. Sept., bestimmt statt, auch bei ungünstiger Witterung. Fahrpreis 70 Pfg. Einzahlung Freitag und Sonntagabend ab 18 Uhr bei Schneider, Kosenstraße, alle Parteigenossen nehmen daran teil.
- Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Westplatz.
- Stadteil Nordost. Freitag 20 Uhr Straßenzellen 6 und 7 Mitgliederversammlung bei Közner, Uferstraße.
- Stadteil Zentrum. Freitag 20 Uhr im „Zurmhof“ kombinierte Mitgliederversammlung. Sympathisierende können mitgebracht werden.
- Stadteil Süd. Freitag 20 Uhr kombinierte Funktionärsitzung bei Jante, Friedrichstraße 41. Sämtliche Funktionäre von Partei, KZV, Kote Dillse und Jugend haben zu erscheinen.
- Gundelsfeld. Freitag abend 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Trangel. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Strehlen. Freitag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung mit KZV bei Wende.
- Schweidnitz. Freitag 19.30 Uhr bei Hübel Mitgliederversammlung sämtlicher Straßen- und Betriebszellen. Refer. Gen. Hausen.
- Breslau. Freitag 20 Uhr KZV-Versammlung, anschließend Parteiversammlung. Da wichtige Tagesordnung, ist Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.
- Harnau. Freitag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus (kleines Zimmer).
- Freiburg. Sonnabend 19.30 Uhr „Weiger Max“, Jiriau, Mitgliederversammlung. KZV und Sympathisierende sind eingeladen.
- Waldenburg-Altwasser. Sonnabend 19 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung im „Gefelstein“, Waldenburg.
- Kommunistischer Jugendvert. Breslau. Briege-Fahrer! Sonnabend 17 Uhr, Endstation der Linie 5 für Radfahrer, Nachkontingente 20 Uhr, Bahnfahrer ab 17.47 und 18.47 Uhr auf Sonntagsfahrkarte ab Hauptbahnhof.
- Görlitz. Freitag 20 Uhr Heimabend im Jugendheim, Jüdenring 15.
- Hotel Frontkämpfer-Bund Breslau. Abt. 2. Freitag 18 Uhr Kette in der „Stadt Ramkau“, Rathhausstraße, zur Propaganda nach dem Bergfelder.
- Abt. 4. Heute 18 Uhr treffen sich alle Kameraden mit Rädern und Fahrradbeleuchtung bei Jante zur Propaganda nach Stabelwitz.
- Abt. 4. Sämtliche Jugaglierer sowie Kameraden teilnehmen am Sonntagabend zwischen 17 und 18 Uhr im „Anglerheim“, Sämtliche Karten und Material sowie Schuldenkontos beim Abteilungsleiter abrechnen.
- Abt. 5. Freitag 20 Uhr im „Zurmhof“ kombinierte Mitgliederversammlung mit Sympathisierenden.
- Abt. 6. Süd. Freitag 20 Uhr bei Jante Funktionärsitzung.
- Wiegau. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Repter“, Mitgliedsbücher mitbringen!
- Randeshut. KZV und Sympathisierende treten am Sonntag 7.30 Uhr an der „Sonne“ zum Ausmarsch an.
- Kote Jungfron. Breslau. Abt. Jungfron. Briege-Fahrer, Sonnabend 17 Uhr, Endstation der Linie 5 für Radfahrer, Nachkontingente 20 Uhr, Bahnfahrer ab 17.47 und 18.47 Uhr auf Sonntagsfahrkarte ab Hauptbahnhof.
- Sonstige Organisationen Breslau. Kote Dillse. Zentrum. Freitag 20 Uhr erscheinen alle Mitglieder zur Versammlung der Partei im „Zurmhof“.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele „Jene schöne, gute alte Zeit“ Nur noch heute Freitag, um 5 und 8 Uhr Jugend verboten Der Biberpelz Beiprogramm: „Unter Affen und Palmen“, „Fips der Scheinheilige“, „Oats-ebad Bronghausen“ Wochenschau 50 Pfg. Einheitsplatz auf Ausweis des Besueherkreises, ohne 70 Pfg. Arbeitslose und Invallden 25 Pfg., nur bis 5.30 Uhr

# Waldenburger Bergland

## Bier schwere Grubenfälle

Im hiesigen Revier ereigneten sich vier schwere Grubenfälle. Auf der Gustavgrube in Rothenbach geriet der Grubenbauer Friedrich aus Wittendorf zwischen zwei Benzolstoffmüllern, wobei er eine schwere Hüftverletzung davontrug. Im Betriebe der Fuchsgrube wurde der Hauer Sabat aus Wehlstein verunglückt. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung. Auf der Wild-Hilse-Grube und Frieden-Hoffnungs-Grube wurden die Bergbauer Schnitzler und Richard Hartmann aus Nieder-Hermsdorf durch Gesteinsmassen schwer verletzt. Sämtliche Verletzten fanden im Knappschaftslazarett Aufnahme.

## Beim Wäschewaschen im Waschkübel ertrunken

Einen tragischen Tod fand die 62 Jahre alte Witwe Adolphine aus Dittersbach. Als sie mit dem Waschen von Wäsche beschäftigt war, wurde sie plötzlich von Krämpfen befallen und fiel mit dem Kopf in die mit Wasser gefüllte Wanne. Da der Vorfall nicht bemerkt worden war, ertrank sie.

## Bergarbeiterversammlungen am Sonnabend

In Wehlstein im „Deutschen Haus“ 9 Uhr,  
in Wehlstein im „Deutschen Haus“ 17 Uhr,  
in Schwarzwaldau im „Steinkreuzham“ 16.30 Uhr,  
in Sophienau in der Brauerei 18 Uhr.  
Massenbesuch wird erwartet.

## Jungarbeiter von Altwasser!

Heute, Freitag, 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Gründungsversammlung der Roten Jungfront. Erscheint zahlreich! Die KPD-Kameraden haben reiflich zu erscheinen. Anschließend Kameradschaftsabend.

## Siriegau

Alle Parteigenossen, KPD-Kameraden, Kote-Hilse-Mitglieder sowie alle für den Volksentscheid sympathisierenden werden ersucht, sich am Sonnabend 17 Uhr an der „Bierquelle“ Gräben zu sammeln zur Demonstration gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid.

Arbeitszeitverkürzung. Die Fürstenfabrik hat der Belegschaft durch Aushang bekanntgegeben, daß vom 1. Oktober ab nur

nach wöchentlich 24 Stunden gearbeitet wird. Zur Begründung hat man „Mangel an Aufträgen“ angegeben.

## Königszell

Die Unterbezirkskonferenz der KPD findet am Sonnabend 19 Uhr in Königszell im Gasthof „Preussische Krone“ statt. Die Mitglieder der Ortsgruppe Königszell sind verpflichtet, daran teilzunehmen.

## Freiburg

Zwei Brände. In der Heimboldischen Mühle in Zirgau brach durch Defektläufen einer Maschine Feuer aus, das infolge des Ausfluges des nach dem Dampfschloß getragenen Turms und hier erhebliche Ausdehnung gewann. Das Feuer vernichtete einen Teil des Dachstuhles und mehrere Maschinen. Raun war die Feuerwehr von der Brandstelle zurückgelehrt, als sie abermals alarmiert wurde. In einem Nebenraum des Bürgerhospitals an der Landeshauser Straße waren einige Möbelstücke in Brand geraten.

## Wüsteglersdorf

Achtung! Heute, Freitag, 19.30 Uhr in der „Sonne“ 10-minütige Mitgliederversammlung von KPD, KPB, KPBW, KPBV und KPD. Erscheinen aller ist Pflicht.

## Jauer

Die Zustände bei Schent und Freudenberg. Trostlose Arbeitsverhältnisse herrschen in der hiesigen Augustmüllfabrik Schent und Freudenberg. Bis zur Aussperrung im Holzgewerbe im Frühjahr 1928 war die Belegschaft dieser Firma, bis auf einige Christen, im Holzarbeiterverband organisiert. Dank der von der Gewerkschaftsopposition so oft belämpften Taktik der reformistischen Gewerkschaftsleiter zog sich der damalige Kampf der Holzarbeiter in die Länge, und es fanden sich bald unter der Arbeiterchaft Elemente, die den Kämpfenden in den Rücken fielen. Vor allem waren es die Christen, die von der Aussperrung nicht betroffen wurden und ruhig weiterarbeiten konnten. Mehr und mehr häuften sich die Fälle, wo Aussperrte die Belegschaft bei Schent und Freudenberg bestanden (ungefähr 60 Prozent aus Frauen) dem Inhaber der Firma erklärten, aus dem Verband ausgetreten zu sein und zu den alten Bedingungen weiterarbeiten zu wollen. Wer diese Erklärung abgab, konnte wieder arbeiten und so kam es, daß bei Abschluß des Kampfes im Holzgewerbe die Belegschaft bei Schent

und Freudenberg zu etwa zwei Dritteln arbeitete. Dank der traurigen Rolle, welche die Arbeiter gespielt, blieb ein Teil der Belegschaft auf der Straße. Wie sich das feige Zukunftsdenken der Mehrzahl der Arbeiter gegen diese selbst auswirkte, zeigt der Umstand, daß die Belegschaft 10 Prozent unter Lohndruck arbeiten mußte. War nach Abschluß des Kampfes wirklich noch ein freigeorganisierter Arbeiter in den Betrieb hineingekommen, so magte er doch nicht, diese zehn Prozent einzulagern. Die Zustände bei Schent und Freudenberg, welche nach Beendigung des Kampfes bestanden, haben sich in den letzten zwei Jahren kaum gebessert. Wohl wurde infolge günstigen Geschäftsganges der Stand der Belegschaft wieder auf die alte Höhe gebracht, doch bisher ist es dem Holzarbeiterverband nicht gelungen, wieder festen Fuß zu fassen. Wer sich irgendwie gewerkschaftlich betätigt, der fliegt, und lieber verjagten die Arbeiter allmählich auf einige Mark Lohn, als daß sie riskieren, auf die Straße zu fliegen! Und jetzt sollen sie auch noch Überstunden leisten, und zwar ohne Prozent! Allerdings wurde vom Inhaber erklärt, daß kein „Zwang“ zur Überarbeit ausgeübt werde, doch wird von der Belegschaft niemand wagen, aus der Reihe zu tanzen! Den Arbeitern und Arbeiterinnen fehlt der Rückhalt, die Organisation! Ehe sie nicht die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt haben, wird es dem „liberalen“ Herrn Schent immer möglich sein, seinen „Herr-im-Haus“-Standpunkt einzunehmen. Deshalb, Arbeiter bei Schent, schließt euch reiflich dem Deutschen Holzarbeiterverband an, zeigt durch entschlossenes Handeln, daß ihr nicht gewillt seid, euch als willige Ausbeutungsobjekte und Lohnbrüder herzugeben!

## Landeshut

### Automobil-Unfall

Dienstag gegen 19 Uhr fuhr ein von dem Bauunternehmer August Kössner aus Rothenbach gesteuertes Auto, in dem noch der Besitzer desselben, Steuerberater Kleinwächter aus Landeshut, saß, von Rothenbach nach Landeshut. Als dem Auto ein nicht abgeblendetes Auto entgegenkam, verlor K. die Gewalt über das Steuer, und das Auto sauste gegen einen Chauffeestein und einen Baum und schlug um. Kleinwächter wurde herausgeschleudert und verletzt. Auch Kössner trug Verletzungen davon.

Nun, ran an die Arbeit! Die Ortsgruppe Landeshut der KPD tritt am kommenden Sonntag 7.30 Uhr am Vereinslokal „Zur Sonne“ zum Propagandaausmarsch an. Der KPD ersucht die Parteigenossen und Zeitungsläser sowie Schmpathisierenden, sich zahlreich daran zu beteiligen, um die nötige Aufklärung „Warum Volksentscheid“ unter den Landeshutern zu leisten. Darum ran an die Arbeit, wer für den Volksentscheid ist.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Die Unterbezirkskonferenz des U. B. Görlitz

findet am 20. September eine Sitzung der Unterbezirksleitung statt, in der Genosse Reimann sprechen wird. Sämtliche Ortsgruppen der U. B. beteiligen sich Sonntag an der Landpropaganda.

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am Freitag, dem 28. September, 20 Uhr, in der „Aktienbrauerei“. Bericht vom Verbandstag und Neuwahl des 1. Bevollmächtigten. Alle Metallarbeiter müssen erscheinen.

## Sagan

### Die „Roten Trommler“ kommen

Zu dem am 29. September stattfindenden Pressefest in Grünthal sind auch die „Roten Trommler“ verpflichtet worden. Eingeladeter wird die Veranstaltung durch ein Konzert von 18-19 Uhr auf dem Ludwigplatz. Um 19.30 Uhr Fackelzug ab Ludwigplatz. Der Eintrittspreis für das Pressefest beträgt im Vorverkauf 50 Pfg., an der Abendkasse 60 Pfg. Vorverkauf bei Zigarettenhändler: Winkler, Milchgeschäft Sermer, in der „Weintraube“ und bei allen Partei- und KPD-Genossen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Was wird mit den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern?

Der Richtsatz des hiesigen Wohlfahrtsamtes beträgt für den Mann 9 Mark, für die Frau 4,50 Mark und für das Kind 2,25 Mark pro Woche. Er würde somit für eine vierköpfige Familie 18 Mark betragen. Größtenteils ist es in Sagan so, daß der Mann zu Hause sitzt und die Frau arbeitet bei dem fälligen Stundenlohn von 33 Pfennig. Allerdings zum Teil auch nur als Kurzarbeiterin. Sollte nun die Frau wirklich auf einen Lohn von 16 Mark in der Woche kommen, so erhält der Mann vom Wohlfahrtsamt den noch zu 18 Mark fehlenden Zuschlag von 2 Mark. Dafür darf er auch noch zweimal in der Woche stempeln gehen, damit die Schuhsohlen rechtzeitig heruntergerissen werden. Als sich nun einige Unterstützungsempfänger an den Magistrat sowie das Wohlfahrtsamt und die Fortbildungskommission zwecks baldiger Inangriffnahme der längst gemantelten Notstandsarbeiten im Stadtforsitz wandten, wurden sie auf die Arbeit verwiesen, welche nun auch nach dem letzten Beschluß des Stadtforsitzes durchgeführt werden soll. Dabei ist nur eins zu beachten: Die Zahl zug es vor, sich nicht den Anteil entgegen zu lassen, der aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu den Notstandsarbeiten in der Stadt gezahlt wird. Also man konnte nicht einmal die Kraft bekommen, das eine Drittel von 11.200 Mark hierfür bereitzustellen. Es herrscht es nun, daß nicht 40 Personen vom Wohlfahrtsamt, sondern 40 Erwerbslose vom Arbeitsnachweis zu diesen Arbeiten gestellt werden, was ja auch notwendig ist. Aber man muß hierbei die Frage aufwerfen, daß die Unterstützung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ist als die der Erwerbslosen- und Krisenunterstützungsempfänger. Außerdem muß bemerkt werden, daß einige Erwerbslose aber vom Wohlfahrtsamt gar nichts erhalten, da, wie schon oben gesagt wird, der Richtsatz durch den Verdienst der Frau gerade erreicht wurde und somit nichts gezahlt wird. Denn die Frau ist nach der schönen Fürsorgeverordnung unterhaltungspflichtig für den Mann, der Mann für die Frau, und die Entlastung für den Großvater und umgekehrt. Es wäre wünschenswert, zu erfahren, was das Wohlfahrtsamt zu unternehmen gedenkt, um wenigstens diejenigen, welche kurz vor der Erfüllung ihrer wöchentlichen Anwartschaft stehen, endlich mal loszuwerden. Wie uns mitgeteilt wurde, soll aus dem Munde des Wohlfahrtsbezirksleiters, des zweiten Bürgermeisters Steiner (Panzerkreuzergeschichte), gesagt worden sein, es sind nur wenige, die vor der Erfüllung ihrer Anwartschaft stehen. Es ist noch leichter, weniger zu helfen, als im Winter, wenn es viele sind, nicht wahr, Herr Bürgermeister. Aber was ist auch dabei, wenn ein Prolet oder kleiner Gewerbetreibender zum Verzweiflungskampf getrieben wird, Handhabe ist, ich habe meine Gehaltszulage im Sack! Man hat ja 1000 Mark als Ehrenpende für das Staatliche Gymnasium zur 300-Jahr-Feier bewilligen können, man hatte auch bereits geplant, 10.000 Mark für das Kriegdenkmal zu bewilligen, aber man zog

diese Vorlage schnell zurück, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Man hatte es ja sogar fertiggebracht, mit Zustimmung der Panzerkreuzerfraktion 3 Millionen Mark für die Garnisonvorlage zu bewilligen. Also, Erwerbslose, Gewerbetreibende, kleine Beamte, merkt euch: Die einzige Partei war und bleibt die KPD, die gegen derartige Mißstände kämpft, deshalb geht eure Stimme am 2. Dezember der KPD!

## Lauban

### Stahlschmied und Reichsbanner in einer Front beim Hindenburg-Empfang

Auch unser Städtchen wurde am 24. September durch den „Reiter“, geehrt. Er hielt es hier nicht für nötig, den Hurra-geiern eine Begrüßungsansprache vorzulesen, sondern fuhr im Auto ohne anzuhalten in seiner Generalsuniform vom Mandorengelände kommend Kreuz und quer durch mehrere Straßen und verjagte wieder, wie er gekommen war. Diese stiefmütterliche Behandlung unieres Städtchens erregte so manchem Spießer unbegreiflich, da doch Lauban ein patriotisches Nest ersten Ranges ist. Was immer als kommunistischer Schwindel bezeichnet worden war, daß bei Hindenburgs Besuch das Reichsbanner mit dem Stahlschmied, Arbeitervereinen usw. in einer Front Spalier bildete, mußte bei seiner An-

wesenheit als Wahrheit festgestellt werden. Sogar Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften und des Reichsbundes der Kriegsschädigten standen Spalier, deren Vorstände dazu durch besondere Inserate in der bürgerlichen Presse und durch Aufrufe, die zu Hunderten in die Betriebe verandt und von den Unternehmern zum Aushang gebracht wurden, aufgefordert hatten. Im Reichsbannerauslieferungswert allein wurden Dutzende von solchen Exemplaren von der Verwaltung an die Anschlagtafeln geklebt, ohne daß die Verwaltung vorher und die im Werk beschäftigten Ortsauschutz- und Reichsbannerhauptlinge den sozialdemokratischen Betriebsratsvorständen davon in Kenntnis gesetzt hatten, welcher im Gegensatz zu seinen Parteigenossen für das Fernbleiben von der Spalierbildung eintrat, zu dem er durch einen Betriebsratsbeschuß verpflichtet war. Jedenfalls werden die nächsten Mitgliederversammlungen der schwarzrotgelben republikanischen Verbände recht stürmisch verlaufen. Und wir glauben, daß diesmal der Herr Künstler nicht soviel Seife liefern kann, um die oppositionellen SPD-Arbeiter genügend einzuseifen. Unsere Genossen werden ihr Möglichstes tun, um die noch Klassenbewußten SPD-Arbeiter in die rote Front einzureihen.

## Aus dem Riesengebirge

Sirachberg. Am Sonntagvormittag 10 Uhr versammelten sich alle Parteigenossen und KPD-Kameraden sowie Kote-Hilse-Mitglieder. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß alles anwesend sein.

# Stadtverordnetenversammlung in Grünberg

## Die Erwerbslosen werden verhöhnt — Der Erfolg von zehn Jahren Republik

Die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung umfaßte 17 Punkte, die sich zumeist mit Grundstücksan- und -verkäufen sowie mit vorzunehmenden Bauten beschäftigten. Als Dringlichkeitsanträge fanden zur Beratung folgende kommunizistischen Anträge:

1. „Die kommunizistische Fraktion stellt den Antrag, unverzüglich für die Erwerbslosen Notstandsarbeiten zu beschaffen und dafür Mittel bereitzustellen.“
2. „Die kommunizistische Fraktion stellt den Antrag, für alle Erwerbslosen, Ausgehenden und Rentner Feuerungsmaterial und Lebensmittelbons auszugeben, desgleichen einen Bekleidungsanschlag für Obgenannte in Höhe von mindestens 20 Reichsmark zu bewilligen.“
3. „Die kommunizistische Fraktion stellt den Antrag: Die städtischen Körperschaften sollen beschließen, auf das Wohlfahrtsamt dahin zu wirken, daß folgende Mißstände im Interesse der Unterstützungsempfänger sofort beseitigt werden: 1. Unterbindung der sogenannten Pflichtarbeit und Ueberführung der ausgesteuerten Erwerbslosen in das Arbeitsverhältnis zu tariflicher Entlohnung und Pflichtversicherung; 2. die geleisteten Wohlfahrts-Unterstützungen sollen nicht zurückgefordert werden, da dies auch nicht gesetzmäßig ist.“

Die SPD brachte auf Grund unserer Anträge ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag ein, der 50.000 Mark für Notstandsarbeiten forderte. Genosse Laube gibt für die kommunizistische Fraktion eine Erklärung ab über die Zurückweisung des kommunizistischen Antrages zur Panzerkreuzerfrage. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt sein Verhalten mit dem § 35 der Stadtordnung. — Ohne Geheimnisträumerei geht es nun einmal nicht, daher wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Linken beschlossen, über die Grundstücksverkäufe in geheimer Sitzung zu verhandeln. Ohne große Debatte wies sich die Tagesordnung ab, bis die kommunizistischen Anträge zur Beratung kamen. Scheinbar aus Koalitionsrücksichten wurde der SPD-Dringlichkeitsantrag vom Vorsteher als der weitgehendste anerkannt und angenommen.

Genosse Laube begründete den zweiten Antrag eingehend, indem er auf die ungeheure Kollage der Armeiden der Armen hinwies und auf Grund der vorhandenen Mittel von 185.000 Mark in Etat bewies, daß dem kommunizistischen Antrag wohl entsprochen werden könne, da dieser nur 40.000 Mark ausmache. Dieses rief den Vorsitzenden der Hotelbesitzer Kuyke auf den Plan, der die kommunizistischen Anträge als Wahnsinn bezeichnete und erklärte, den Erwerbslosen ginge es gar nicht so schlecht. Genosse Laube

bezeichnete diese Ausführungen als eine Verhöhnung der Erwerbslosen und empfahl ihm, selber einmal nur vier Wochen stempeln zu gehen, da würde er bestimmt anders darüber urteilen. Köning (SPD) bezeichnete es als eine Schande der Republik, daß die Wohlfahrtsfürsorge noch mit Armenunterstützung benannt wird. Ja, ja, mein Lieber, das ist ja eure Republik, von der Hilferding auf dem Pieler Parteitag erklärte: „Das ist unser Staat, unsere Republik, die wir gebaut haben, und wir sind stolz darauf.“ Im übrigen sah Köning sich gezwungen, ebenfalls scharf Stellung zu nehmen gegen die Mißstände im Wohlfahrtsamt. Bürgermeister Lemme erwiderte ihm, er solle doch zu ihm ins Amtszimmer kommen, wenn er Beschwerden hat, er lehne es ab, über Einzelfälle in der Öffentlichkeit zu sprechen. Ferner brachte er die übliche Redewendung, daß Grünberg in der sozialen Fürsorge an der Spitze marschiere (?) und bis jetzt viel zu freigütig gegeben worden sei, so daß die Mittel fast erschöpft wären. Im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Kuyke sprach der Schlosser Köhler: Ob wir dem Antrag der KPD zustimmen, bleibt noch dahingestellt, ob ich die Not der Armen einsehe. Trotzdem wohl bisher sämtliche Anträge der Erwerbslosen, und wenn sie noch so bescheiden waren, abgelehnt hat, schildert er ganz richtig die Not der Erwerbslosen und erklärt, daß von der Unterstützung tatsächlich kein Mensch leben kann. Trotz alledem stellte er den kompromissreichen Antrag, nur den besonderns Bedürftigen eine Unterstützung bis zu 20 Mark zu gewähren. Der Antrag der SPD wurde dadurch zu Fall gebracht und der Antrag wohl angenommen. Wir sind jetzt gespannt, wer nach Ansicht des Bürgermeisters Lemme als bedürftig anerkannt wird. Bei Antrag 3 fand letzterer Gelegenheit, seine Wut gegen die „Arbeiter-Zeitung“ vom Stapel zu lassen und bewies damit, daß wir das Richtige getroffen haben. Niedeuführ (SPD) vertrat ebenfalls die merkwürdige Ansicht des Stadtverordneten Kuyke, daß ein Teil der Erwerbslosen nicht arbeiten will, das hätte es schon immer geben. Desgleichen zog er gegen die „Arbeiter-Zeitung“ los und konnte sich nicht beruhigen, daß dauernd sein Parteifreund, der sozialdemokratische Oberstadtmittelinspektor Kuyke, angegriffen wird. Bei der Abstimmung enthielt sich die SPD der Stimme. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Angriffe gegen Kuyke bezeichnete Niedeuführ als Angriffe gegen die SPD, genau so sei es mit der Panzerkreuzergeschichte.

Nur gemacht! Wir werden noch öfters Berichte bringen, die Mißstände aufdecken, ohne Ansehen der Person und Partei, wenn wir dies im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig erachten. Die Erwerbslosen, welche in der Sitzung anwesend waren, hatten wieder einmal ein Schulbeispiel dafür, wie ihre Interessen vertritt